

Amtliches Bulletin der Bundesversammlung

Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale

Nationalrat – Conseil national

2014

Maisession – 13. Tagung der 49. Amtsdauer
Session de mai – 13^e session de la 49^e législature

Erste Sitzung – Première séance

Montag, 5. Mai 2014
Lundi, 5 mai 2014

14.30 h

14.209

Vereidigung Assermentation

Präsident (Lustenberger Ruedi, Präsident): Meine Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Sondersession. Die Sitzung ist hiermit eröffnet. Zu Beginn dieser Sondersession empfangen wir ein neues Mitglied in unserem Rat. Es ist Herr Schibli, der Nachfolger unseres Kollegen Hans Kaufmann, den wir in der letzten Session verabschiedet haben. Wenn ich «neues Mitglied» sage, ist das nur halb richtig: Wie Sie wissen, war Herr Schibli bereits zehn Jahre lang Mitglied unseres Rates. Ich gebe nun Herrn Büchler das Wort für das Büro.

Büchler Jakob (CE, SG), für das Büro: Das Büro hat festgestellt, dass die Wahl von Herrn Ernst Schibli, geboren am 16. August 1952, Bürger von Otelfingen/ZH, wohnhaft in Otelfingen, gültig zustande gekommen ist. Herr Ernst Schibli ersetzt unseren zurückgetretenen Kollegen Hans Kaufmann. Ernst Schibli ist erster Ersatz auf der Liste 1, «Schweizerische Volkspartei». Er ist eidgenössisch diplomierte Landwirt und war bereits von 2001 bis 2011 Nationalrat. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat ihn mit Beschluss vom 2. April 2014 als gewählt erklärt. Dieser Beschluss ist im Amtsblatt des Kantons Zürich am 11. April 2014 (Nr. 15) veröffentlicht worden. Das Büro beantragt, die Wahl von Herrn Ernst Schibli formell festzustellen. Das Büro hat die Angaben von Herrn Schibli geprüft. Aufgrund der Angaben von Herrn Schibli hat das Büro keine Mandate festgestellt, die nach Artikel 144 der Bundesverfassung und Artikel 14 des Parlamentsgesetzes mit einem parlamentarischen Mandat unvereinbar wären.

Präsident (Lustenberger Ruedi, Präsident): Das Büro beantragt, die Wahl von Herrn Ernst Schibli formell festzustellen. Ein anderer Antrag liegt nicht vor; so beschlossen.

Wir schreiten jetzt zur Vereidigung. Ich bitte Herrn Schibli, in die Mitte des Ratssaales zu treten, und erteile die Ratsmitglieder sowie die Besucherinnen und Besucher auf den Tribünen, sich zu erheben.

Herr Schibli wird den Eid ablegen. Ich bitte den Generalsekretär, die Eidesformel zu verlesen.

Schwab Philippe, Generalsekretär der Bundesversammlung, verliest die Eidesformel:

Schwab Philippe, secrétaire général de l'Assemblée fédérale, donne lecture de la formule du serment:

Ich schwöre vor Gott dem Allmächtigen, die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Pflichten meines Amtes gewissenhaft zu erfüllen.

Schibli Ernst wird vereidigt
Schibli Ernst prête serment

Präsident (Lustenberger Ruedi, Präsident): Herr Nationalrat, lieber Kollege Schibli, der Rat nimmt von Ihrem Eid Kenntnis. In seinem Namen heisse ich Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen Erfolg, Durchhaltewillen und alles Gute. (*Beifall*)

13.093

Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative). Volksinitiative Sauvez l'or de la Suisse (Initiative sur l'or). Initiative populaire

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 20.11.13 (BBI 2013 9329)
Message du Conseil fédéral 20.11.13 (FF 2013 8365)

Ständerat/Conseil des Etats 06.03.14 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 05.05.14 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Maier Thomas (GL, ZH), für die Kommission: Gerne stelle ich Ihnen als Sprecher Ihrer Kommission für Wirtschaft und Abgaben die Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» oder kürzer und einfacher die Gold-Initiative vor. Ich werde kurz darlegen, was die Initiative fordert. Im Anschluss daran fasse ich zusammen, wieso der Bundesrat die Initiative zur Ablehnung empfiehlt und mit welchen Argumenten Ihre



WAK, wie im Übrigen auch der Ständerat, zum gleichen Beschluss gelangt ist.

Die Gold-Initiative verlangt, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) mindestens 20 Prozent ihrer Aktiven in Gold halten muss und dass diese Goldreserven in Zukunft nicht mehr verkauft werden dürfen. Sie verlangt zudem, dass die Reserven zwingend in der Schweiz zu halten sind. Die Initiative hat die Form eines ausgearbeiteten Entwurfes und wurde am 20. März 2013 mit 106 052 gültigen Unterschriften eingereicht.

Der Bundesrat beschloss im letzten November, die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Die WAK-SR hat nach Hearings, in denen sich beispielsweise das Initiativkomitee sowie die SNB äussern konnten, dem Ständerat mit 10 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung beantragt, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Diesem Antrag ist der Ständerat am 6. März 2014 ohne Gegenstimme gefolgt. Fakt ist, dass die Gold-Initiative unser heutiges, in der Regel sehr erfolgreiches Währungs- und Notenbanksystem fundamental infrage stellt. Die Initiantinnen und Initianten gehen davon aus, dass die Goldreserven grundsätzlich die Währungsstabilität erhöhen. Der Bundesrat, Experten wie auch Ihre Kommission halten fest, dass Gold für die Stabilität von Währungen schon lange keine Rolle mehr spielt. Die SNB hat den Auftrag, die Preisstabilität zu gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung zu tragen. Zwischen Stabilität und dem Goldanteil in der Bilanz der SNB besteht aber kein Zusammenhang. Preisstabilität wird vielmehr dadurch sichergestellt, dass die SNB als unabhängige Institution die Wirtschaft angemessen mit Geld versorgt und durch eine klare und transparente Geld- und Währungspolitik das Vertrauen in die Wertbeständigkeit des Schweizerfrankens sichert.

Ein hoher und unverkäuflicher Anteil von Gold an den Aktiven würde die Geld- und Währungspolitik und damit die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags bedeutend erschweren. Ende 2013 hielt die SNB beispielsweise 7,3 Prozent ihrer Aktiven in Gold. Um einen Anteil von 20 Prozent zu erreichen, müsste sie Währungsreserven für 63 Milliarden Franken verkaufen. Ein starker Mindestanteil von anschliessend unverkäuflichem Gold in der Bilanz der SNB schmälert die Glaubwürdigkeit wie auch die Flexibilität der Geldpolitik. Diese Verbindung eines Mindestanteils von 20 Prozent mit der Unverkäuflichkeit würde bedeuten, dass der Anteil des Goldes in der Bilanz über die Zeit zunehmen würde. Bei einer Lockerung der Geldpolitik oder wenn die Goldpreise fallen würden, müsste die SNB zusätzlich Gold einkaufen. Dies würde dazu führen, dass wir langfristig über 20 Prozent, vielleicht gegen 40 oder 50 Prozent unverkäufliches Gold in der Bilanz hätten.

Abschliessend lässt sich das Fazit Ihrer WAK so zusammenfassen: Es ist zwar richtig, dass das Gold gemäss Marktwert in der Bilanz der SNB eingestellt ist. Wenn aber die SNB das Gold nicht bewirtschaften kann, ist es ein Klumpen in der Bilanz ohne weiteren Wert.

Noch ein paar Worte zur Lagerung im Inland: Derzeit lagert die SNB rund 300 Tonnen ihrer insgesamt 1040 Tonnen Gold im Ausland, nämlich 200 Tonnen in Grossbritannien bei der Bank of England und 100 Tonnen in Kanada bei der Bank of Canada. Diese geografische Diversifikation ist auch eine Frage der Risikodiversifikation. Im Übrigen tun es viele Länder auch so wie die Schweiz.

Für sich allein genommen ist Gold im Übrigen auch eine sehr riskante Anlage. Gold hat im letzten Jahr innerhalb eines Jahres etwa 30 Prozent seines Wertes verloren. Diverse Kurven zeigen klar, dass Gold zu den volatilsten Anlagen gehört, die überhaupt möglich sind. Für sich allein genommen gehört Gold zu den schwankungsanfälligsten und damit risikantesten Anlagen in der Bilanz der Schweizerischen Nationalbank. Bei einem hohen Goldanteil würde deshalb das Anlagerisiko steigen, die Rendite aber abnehmen, weil Gold keine laufenden Erträge in Form von Zinsen oder Dividenden abwirft. Das wäre das pure Gegenteil von Stabilität und damit dessen, was die Initianten erreichen wollen. Damit reiht sich die Gold-Initiative leider, muss man sagen, in eine

Menge von Vorstössen und Initiativen ein, die sich zwar hehre Ziele setzen, mit den vorgeschlagenen Mitteln aber das exakte Gegenteil erreichen.

Für die Geldpolitik hat Gold keine Bedeutung mehr. Massnahmen wie die Mindestkurspolitik gegenüber dem Euro oder weitreichende Vorkehrungen zur Sicherung der Finanzstabilität könnte die SNB nicht mehr mit derselben Entscheideneit ankündigen und durchsetzen. Eine solche Geldpolitik auch zur Unterstützung der Wirtschaft wäre also mit der Gold-Initiative nicht mehr möglich.

Ich möchte abschliessend noch auf die Bedeutung von Gold für die Geldpolitik zurückkommen. Wer diese Volksinitiative studiert, kommt nämlich nicht darum herum, ein paar geschichtliche Aspekte zu betrachten. Faktisch will die Volksinitiative das Rad der Geschichte zurückdrehen. Noch im 19. Jahrhundert war gedrucktes Geld faktisch nur ein Check, und jede Zentralbank musste so viel Gold halten, dass sie jederzeit jede Note in echtes, physisches Gold tauschen konnte. Bis 1971 galt international der sogenannte Gold-Dollar-Standard, man verzichtete aber auf die Tauschpflicht. Dieses Währungsregime war durch zahlreiche Krisen geprägt, und häufig kamen die Notenbanken unter Druck, die Zinsen ohne Rücksicht auf die Konjunkturlage zu erhöhen, um Goldabflüsse zu verhindern.

Mit dem Inkrafttreten der neuen Bundesverfassung am 1. Januar 2000 wurde die Aufhebung der Goldbindung dann endlich auch formal nachvollzogen. Das neue Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG) setzte die Aufhebung der Goldbindung auf Gesetzesstufe um. Nach Artikel 2 Buchstabe b und Artikel 3 Absatz 2 gelten die von der SNB ausgegebenen Banknoten als gesetzliche Zahlungsmittel mit unbeschränkter Annahmepflicht. Damit wurde auf Gesetzesstufe ein Ersatz für die aufgehobene Einlösepflicht geschaffen. Da die SNB einen Teil der Währungsreserven in Gold halten muss, behält Gold jedoch eine gewisse Sonderposition, die es von anderen Reservemitteln unterscheidet. In der Botschaft vom 20. November 1996 über die neue Bundesverfassung ist festgehalten, dass die Bildung ausreichender Währungsreserven geeignet ist, das öffentliche Vertrauen in das staatliche Geld zu fördern, und damit ein funktionales Äquivalent für die aufgehobene Golddeckungspflicht darstellt.

Keinen direkten, aber einen indirekten Zusammenhang hat die Volksinitiative wohl mit den weltweit geführten Diskussionen, inwiefern die Zentral- und Notenbanken weiter so unabhängig agieren können sollen. Fakt ist, dass die Macht der Zentralbanken in den letzten Jahren eher zugenommen hat. Wir meinen, dass genau diese Unabhängigkeit auch eine Stärke der Schweizerischen Nationalbank war und ist. Wir sehen überhaupt keinen Anlass, hier so massiv einzugreifen.

Im Sinne dieser Ausführungen empfiehlt Ihnen Ihre WAK mit 21 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Gold-Initiative abzulehnen.

de Buman Dominique (CE, FR), pour la commission: L'initiative populaire fédérale «Sauvez l'or de la Suisse» a été déposée le 20 mars 2013 sous la forme d'un projet entièrement rédigé. Elle demande que la Banque nationale suisse (BNS) détienne au moins 20 pour cent de ses actifs en or, que celui-ci soit stocké dans notre pays et enfin qu'il soit totalement inaliénable. Cette initiative, qui a recueilli 106 052 signatures valables, a donc formellement abouti par décision de la Chancellerie fédérale du 16 avril 2013. Elle remplit en outre les conditions de validité posées par l'article 139 alinéa 3 de la Constitution fédérale.

Notre gouvernement a édicté à cette occasion un message du 20 novembre 2013 par lequel il invite les Chambres fédérales à recommander au peuple et aux cantons de rejeter cette initiative sans lui opposer toutefois de contre-projet direct ou indirect. Pour justifier sa position, le gouvernement se fonde sur le mandat légal de la Banque nationale, qui consiste en premier lieu à assurer la stabilité des prix en tenant compte de l'évolution de la conjoncture. Or dans les faits économiques, il n'y a aucun lien entre la stabilité des

prix et la part de l'or dans le bilan de la Banque nationale. La lutte contre l'inflation – puisque c'est de cela qu'il s'agit – est dictée par la gestion de la masse monétaire, ce qui requiert de la souplesse de la part de la Banque nationale. Or une part d'or importante dans les actifs de la banque aurait pour effet de diminuer cette marge de manœuvre, de former une sorte de tumeur interne, de corps étranger, et donc d'entraîner l'action des organes de la banque dans l'accomplissement de son mandat légal.

Le mécanisme prévu par l'initiative populaire est pervers puisqu'en cas de chute du cours de l'or, c'est-à-dire au moment où cette matière n'est plus considérée comme attractive, la BNS devrait acheter des réserves complémentaires, qu'elle n'aurait toutefois pas le droit d'aliéner. En termes simples, cela veut dire que, à un moment donné, on achète quelque chose qui ne vaut pas grand-chose et qu'on vous interdit de vous en défaire. La BNS se verrait donc prise dans un corset dangereux de réduction de capacité de réaction, mais aussi de capacité de rendement.

Certes, les initiateurs partent de l'idée que l'or est une valeur refuge et que son cours ne baissera jamais. Ce raisonnement est erroné puisque le cours de l'or peut baisser, et même fortement, ce qui a été le cas dans les douze derniers mois où il a perdu 12 pour cent de sa valeur en chiffres arrondis – ce sont les indices d'hier qui font foi. Et quelle serait alors la valeur de l'or de la BNS si celle-ci ne peut pas le vendre, comme je le disais tout à l'heure!

A cela s'ajoute un autre fait. Aujourd'hui, par rapport au bilan de la banque, l'or représente 7,34 pour cent des actifs. Si, à terme, la BNS devait acquérir au minimum 20 pour cent de ses actifs sous forme d'or, cela aurait un coût estimé aujourd'hui à 63 milliards de francs. L'initiative ne dit pas comment cet achat serait financé.

Il faut donc émettre une considération de politique générale et se dire que, s'il est vrai que l'or a joué un rôle central dans l'ordre monétaire mondial jusque dans les années 1970, l'afflux des capitaux vers la Suisse a changé la donne et obligé la BNS à laisser flotter le franc; c'était il y a environ 40 ans. La parité-or du franc n'a pas été directement biffée de la loi sur la monnaie. Ce n'est que la révision de la Constitution fédérale de 1999 qui a jeté, à l'article 99, les bases de la nouvelle politique monétaire de la Confédération, inscrite dans la loi fédérale du 22 décembre 1999 sur l'unité monétaire et les moyens de paiement. Ainsi, comme presque toutes les monnaies du monde, le franc suisse est devenu une valeur purement fiduciaire. Ce découplage du franc et de l'or a rendu les réserves d'or disproportionnées et a mené à la vente d'une partie des réserves entre 2007 et 2008. Signalons en passant que les réserves qui subsistent, c'est-à-dire 1050 tonnes environ, sont encore importantes en comparaison internationale, à savoir avec les banques centrales et les économies des Etats qui nous entourent.

Une des raisons qui a alors incité les autorités fédérales à diminuer les réserves d'or est le rendement insuffisant. Si une quantité de matière est bloquée, elle ne rend pas ou alors il s'agit comme dans le cas d'une valeur boursière d'une valeur hypothétique, fluctuante, mais qu'on ne peut pas assimiler à un rendement. Or le rendement des actifs de la Banque nationale est important non seulement pour la Confédération, mais aussi pour les cantons. C'est dire si l'acceptation par le peuple et les cantons de cette initiative populaire diminuerait les rendements globaux de la Banque nationale, à une époque particulièrement délicate où la défense du cours du franc et l'instauration d'un cours plancher face à l'euro ont eu pour effet de diminuer de toute façon le bénéfice de la Banque nationale, voire de provoquer quelques pertes, certes momentanées, et donc d'entamer, voire de supprimer, le versement à la Confédération et aux cantons de leur part du bénéfice de la Banque nationale.

Inutile de dire ici – puisque l'on parle toujours de la position des uns et des autres – que les cantons s'opposent fermement à ce risque de prolongation de la période de disette qui les a pris récemment au dépourvu – j'en veux pour preuve les différents budgets et comptes des cantons suisses.

L'initiative sur l'or – c'est un autre de ses aspects – voudrait contraindre la Banque nationale suisse à stocker son or dans notre pays uniquement, alors qu'aujourd'hui, 30 pour cent des réserves se trouvent à l'étranger, dans des pays différents, plus ou moins éloignés, dans l'idée de diversifier les risques éventuels – et aucun pays au monde ne peut prétendre aujourd'hui ne représenter aucun risque, qu'il soit politique, sismique ou autre.

Le Conseil des Etats a déjà traité cet objet et a recommandé, sans voix contraire, le 6 mars 2013 le rejet de cette initiative, suivant par là même la décision de sa Commission de l'économie et des redevances, prise par 10 voix contre 1 et 1 abstention.

Votre commission a également fait siens les arguments du Conseil fédéral et décidé, par 21 voix contre 3 et 1 abstention, de vous proposer de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative sur l'or, sans lui opposer de contre-projet, direct ou indirect.

Permettez-moi une dernière remarque pour clore ce rapport de la commission. Nous constatons qu'il n'y a qu'une proposition, celle de la commission, qui consiste à adhérer au projet du Conseil fédéral et à la décision du Conseil des Etats. En l'état, aucune proposition n'a été faite visant à recommander d'accepter cette initiative. Dès lors, à un moment où l'on demande souvent de réduire les coûts inutiles, de lutter contre la bureaucratie et d'épargner les forces politiques, la question peut se poser de savoir si les initiateurs ne feraient pas bien, conformément à l'article 73 alinéa 2 de la loi fédérale sur les droits politiques, de retirer leur initiative, puisque cela est encore possible avant que le Conseil fédéral ait fixé la date de la votation.

J'ose espérer, au nom de la rationalité politique et compte tenu d'autres urgences et d'autres priorités de notre pays, que les initiateurs sauront faire preuve de ce bon sens, dans l'intérêt bien compris de notre démocratie.

Stamm Luzi (V, AG): Ich bin einer der Initianten dieser Initiative, und ich darf mich für die Fraktion der SVP äußern, sage Ihnen aber an dieser Stelle schon, dass sich auch eine Gruppe der Fraktion der Stimme enthalten wird, und es wird auch aus der SVP-Fraktion einige Stimmen geben, die die Initiative zur Ablehnung empfehlen werden.

Was will die Initiative? Sie haben es gehört:

1. Die Nationalbank darf das Gold nicht verkaufen.
2. Das Gold, das im Ausland liegt, muss in die Schweiz zurücktransportiert werden.
3. Die Nationalbank muss mindestens 20 Prozent ihrer Aktien in Gold halten.

Ich komme zuerst zum Punkt, dass sie es nicht mehr verkaufen darf: Hier möchte ich Ihnen etwas vorlesen. Das ist als Text doch relativ beeindruckend. 1995 wurde aus dem Direktorium der Nationalbank, das drei Mitglieder hat, gesagt: «Um es ganz offen zu sagen: Die Schweizerische Nationalbank beabsichtigt in keiner Weise» – also nicht nur in keiner Weise – «ihre Goldreserven zu verkaufen ... Für Tausende von Jahren stand Gold für Wohlstand und Status, für Vertrauen und Verlässlichkeit. Die Loyalität der Nationalbank gegenüber Gold stärkt ohne Zweifel ihren Ruf und ihre Glaubwürdigkeit.» Seit diesem Ausspruch von 1995 hat sich an den internationalen Rahmenbedingungen gesetzlicher Art gar nichts geändert. Ich habe es aber hier im Parlament miterlebt, wie unmittelbar nach diesem Spruch die Verkaufsbemühungen begannen. Ab Mai 2000 wurde fast fünf Jahre lang jeden Tag eine Tonne Gold verkauft. Das ist relativ beeindruckend. Ich habe miterlebt, was die Leute geschrieben und gesagt haben, weshalb man verkaufen müsse. Es gibt nur zwei Varianten: Entweder haben sie sich getäuscht, oder sie haben unter Druck verkauft. Ich habe ja gehört, welche Zukunftsprognosen gemacht wurden. Da wurde gesagt, dies und dies sei die Zukunft. Sie haben im schlechtestmöglichen Zeitpunkt verkauft. Sie haben sich getäuscht. Das zeigt Ihnen: Nicht nur Politikerinnen und Politiker, sondern auch der innerste Kreis der Nationalbankverantwortlichen, alle können sich täuschen.

Es war ein Fehler, das Gold zu verkaufen; wir brauchen es. Die Frage, ob man das Gold der Nationalbank verkaufen soll oder nicht, hat nichts mit dem Goldpreis zu tun. Es braucht das Gold nicht, um zu spekulieren und um damit Geld zu machen, sondern es braucht Gold, um dem Schweizerfranken einen glaubwürdigen Rückhalt zu geben, damit jedermann sieht, dass es hinter dem Schweizerfranken auch Gold gibt. Das ist eine Frage der Verlässlichkeit, die auch im psychologischen Bereich spielt. Gold bleibt das Fundament eines stabilen Frankens. Nur wenn jemand erkennen kann, dass es eine gewisse Golddeckung im Hintergrund gibt, ist der Zweck erreicht. Gold kann im allerschlimmsten Fall auch zum Notgroschen werden, wenn alle Brücken brechen, wenn es Währungszusammenbrüche und Turbulenzen gibt. Dazu schreibt Bruno Bandulet, der so etwas wie der «Goldpapst» in Deutschland ist: «Es gibt Leute, die sagen, dass unser Finanzsystem zusammenbricht. Das mag man glauben oder nicht – aber wenn es passiert, muss man neu anfangen. Dafür braucht man das Gold.»

Ich mache hier noch eine Bemerkung für jene, die sagen, es sei unlogisch, wenn man den Verkauf des Goldes in der Verfassung verbiete und gleichzeitig sage, es könne als Notgroschen dienen. Das ist überhaupt kein Widerspruch. Man müsste dann im Notfall nur die Bevölkerung befragen, oder man müsste im schlimmsten Fall via Notrecht operieren. Aber das spricht natürlich überhaupt nicht gegen unsere Initiative.

Ich komme zum zweiten Punkt: Zurück in die Schweiz mit dem Gold! Sie haben es gehört, und das ist übrigens einer der Effekte unserer Initiative: Als die Initiative eingereicht war, hat die Nationalbank zum ersten Mal endlich ein bisschen Transparenz gezeigt und hat wenigstens gesagt, wo das Gold ist: 70 Prozent sind in der Schweiz und 30 Prozent in Grossbritannien und Kanada. Hand aufs Herz: Glauben Sie wirklich, dass wir Gold zurückhalten würden, wenn die Turbulenzen bis hin zu kriegerischen Anlässen gingen? Glauben Sie das wirklich? Im tiefsten Frieden musste de Gaulle seinen Kreuzer, also ein Kriegsschiff, nach Amerika schicken, um sein Gold nach Hause zu holen. Sie wissen, dass auch die Schweiz verschiedentlich unter Druck vonseiten der USA kommt, zunehmend manchmal auch von der EU, unseren befreundeten Nachbarn. Glauben Sie im Ernst, dass es jemanden gibt, der, wenn alle Brücken brechen, das Gold in die Schweiz bringen würde? Also sollten wir das verlangen. Wenn man das Theater in Deutschland mitverfolgt – dort gab es eine ähnliche Bewilligung, und die Deutschen haben jetzt gesagt, sie wollten soundso viele Tonnen aus den USA zurück –, muss man sagen, dass dieser zweite Punkt der Initiative eine sehr kluge Forderung ist.

Ich komme nun zum dritten und weitaus schwierigsten Punkt, die Nationalbank solle 20 Prozent ihrer Aktiven in Gold halten. Weshalb braucht es das? Ohne die Nationalbank in irgendeiner Form zu kritisieren und ohne die Integrität ihrer Führungsspitze infrage stellen zu wollen, ist es ganz offensichtlich, dass die Nationalbank nach dem Takt tanzt, den die USA und die Europäische Zentralbank vorgeben. Wenn sie gesagt hat, dass sie den Franken zu einem Wechselkurs von Fr. 1.20 an den Euro bindet, und aufseiten der Europäischen Zentralbank irgendjemand sagt, dass man unlimitiert Geld drucken werde, um die Probleme zu lösen, dann ist die Schweizerische Nationalbank gezwungen, das mitzumachen. Sie kann aber niemals zugeben, ob sie das nun aus einem faktischen Zwang heraus macht oder ob sie von den verantwortlichen Kollegen der EU entsprechende Telefonanrufe kriegt. Es ist aber völlig klar, dass sie im Gleichtakt mit dem Ausland die Geldmenge ausweitet – und wie! Sie weitet die Geldmenge pro Kopf viel mehr als jedes andere Land bzw. jede andere Zentralbank in der Welt aus! Wenn die Schweizerische Nationalbank pro Monat 80 Milliarden auf den Markt wirft, um am ganzen System teilhaben zu können, dann haben wir sehr wohl Grund zu sagen: «Das könnt ihr schon machen – aber dann müsst ihr einen Fünftel der Aktiven in Gold als Sicherheit behalten!» Das ist vielleicht zu vergleichen mit jemandem, der in der Wüste mit vier Rädern unterwegs ist und ein fünftes Rad als Reserve-

rad braucht. Diese Reserve von einem Fünftel ist auch bei der Nationalbank notwendig in Anbetracht der Ungeheuerlichkeiten, wie sie von der amerikanischen oder der Europäischen Zentralbank geboten werden: Diese kümmern sich schon gar nicht mehr darum, dass der Staat eigentlich via Steuern Geld hereinbringen und damit haushälterisch umgehen sollte; die Nationalbanken drucken Geld à discréption, und das kann nicht gut gehen. Es ist schlimm genug, dass sich die Schweizerische Nationalbank in dieses System einbinden lassen muss. Sie sollte daher mindestens 20 Prozent ihrer Aktiven in Gold halten.

Zur Unabhängigkeit der Nationalbank: Wir sind die Ersten, die sagen, sie müsse unabhängig bleiben; das sagten wir immer. Das muss auch so sein. Es geht nicht, dass wir Politiker über die Limite von Fr. 1.20 diskutieren. Es geht nicht, dass wir Politiker sagen, die Nationalbank müsse das und das tun, die und die Aktien kaufen, einen Staatsfonds machen. Die Unabhängigkeit muss gewahrt bleiben. Es besteht jetzt aber die Gefahr der Abhängigkeit vom Ausland. Die Gold-Initiative ist nur dazu da, die Unabhängigkeit zu sichern, damit wir vom Ausland nicht noch mehr unter Druck gesetzt werden können. Weshalb hat denn die Nationalbank – ich will es gar nicht wissen, weil wir es auch gar nicht wissen dürfen; die Statistiken geben auch keine Auskunft – Abermilliarden von Franken in deutsche Staatspapiere investiert? Weil das jemand von ihr verlangt? Wir wissen es nicht. Ich zitiere einfach meinen lieben Kollegen Hans Kauffmann, der vor fünfzehn Stunden zurückgetreten ist. Er hat geschrieben: Man muss bekloppt sein, den grössten Gläubiger von Deutschland zu spielen, um das Ausreiten der Kavallerie gegen unser Land noch zu finanzieren. Das ist vielleicht ein humoristischer Satz, ein nichthumoristischer ist aber: Wir tanzen nach der Pfeife der Europäer. Diese Gold-Initiative ist ein Mittel, um die Unabhängigkeit zu sichern. Die Unabhängigkeit der Schweiz ist von verschiedenen Seiten bedroht: automatische Übernahme ausländischen Rechts, Verlust der Kontrolle über die Einwanderung, was weiß ich, was noch. Vielleicht die allergrösste Gefahr ist, dass die Nationalbank Hand in Hand mit anderen tanzen muss.

Deshalb bitte ich Sie um ein Ja zur Gold-Initiative.

Hausammann Markus (V, TG): Lieber Herr Kollege Stamm, bekanntlich hat ja die Bewertung des Nationalbankgoldes einen grossen Einfluss darauf, ob die Nationalbank Ausschüttungen an die Kantone macht oder nicht. Wenn wir jetzt den Handel einschränken würden, dann könnten wir eigentlich auch auf diese jährliche Bewertung verzichten. Somit müsste das nicht mehr als Grund dafür hinhalten, dass man diese Ausschüttungen an die Kantone macht oder nicht. Wie sehen Sie das?

Stamm Luzi (V, AG): Meine erste Bemerkung ist: Wenn die Schweiz diese 1550 Tonnen – mehr als die Hälfte – nicht ab dem Jahr 2000 verkauft hätte, hätte sie Dutzende von Milliarden Franken an Reserven zusätzlich.

Nun zu Ihrer Frage: Das ist ja ein perverser Mechanismus. Wenn der Wert des Goldes auf dem Weltmarkt steigt, schreien alle: «Die Nationalbank macht jetzt 'Gewinne', die wir verteilen müssen!» Wenn der Goldpreis sinkt, geht der Katzenjammer los: «Wir haben einen 'Verlust'.» Das ist ein perverses System. Man kann ja nicht beim Gold, am Goldpreis gemessen, einen angeblichen Gewinn erzielen, den man dann auf die Kantone verteilen kann.

Maire Jacques-André (S, NE): L'initiative sur laquelle nous devons nous prononcer demande que la Banque nationale détiennent au moins 20 pour cent de ses actifs en or et que celui-ci soit stocké en Suisse de façon inaliénable. En fait, elle repose sur deux mythes. Selon le premier, l'or serait une valeur absolument sûre et le placement en or ne présenterait pratiquement pas de risques. La réalité d'aujourd'hui nous a clairement montré que l'or est parmi les placements les plus volatils et donc parmi les plus risqués pour une banque centrale. Il suffit de rappeler à ce sujet les résultats

calamiteux de la Banque nationale en 2013, dus essentiellement à l'effondrement du cours de l'or qui a perdu environ 30 pour cent de sa valeur en une année, provoquant des pertes de plus de 15 milliards de francs pour la Banque nationale.

Selon le second mythe, la Suisse serait le seul lieu sûr pour stocker des réserves d'or. C'est précisément pour des raisons de sécurité que la Banque nationale a réparti quelque peu ses réserves d'or, dont 20 pour cent en Angleterre et 10 pour cent au Canada. L'Allemagne par exemple répartit 50 pour cent de ses réserves d'or à l'étranger, toujours pour des motifs de sécurité.

Outre ces références mythiques, il convient de rappeler que la parité des monnaies avec l'or a été abandonnée depuis plusieurs décennies; on l'a rappelé tout à l'heure. Pour la Suisse, cela a été confirmé avec la révision de la Constitution. Et c'est bien à la demande du Parlement tout particulièrement que la Banque nationale a vendu une bonne partie de ses réserves en or, précisément pour gagner en souplesse et en réactivité par rapport au marché. Aujourd'hui, selon les chiffres de la fin de l'année 2013, la Banque nationale a encore 7,3 pour cent de ses actifs en or, ce qui est toujours supérieur, cela a été rappelé, à la moyenne des autres pays.

L'autonomie de gestion de la Banque nationale est primordiale pour qu'elle puisse remplir au mieux ses missions, notamment celles de garantir la stabilité des prix et de contribuer au développement de notre économie.

En effet, pour réaliser ces objectifs, pour mener une politique monétaire efficace, pour protéger et soutenir l'économie suisse, la Banque nationale doit pouvoir gérer ses placements de façon souple et responsable et intervenir de manière rapide sur le marché des changes.

L'introduction du taux plancher de 1,20 franc pour 1 euro en automne 2011 a été une démonstration de l'efficacité de la gestion de notre banque nationale et de la nécessité de pouvoir agir très rapidement sur ce marché. Les contraintes qu'imposerait l'acceptation de l'initiative sont tout simplement inconciliables avec ces exigences!

La BNS devrait ainsi commencer par acheter pour 63 milliards de francs d'or pour remonter la réserve à 20 pour cent de ses actifs. Si le cours de l'or chute, il faudrait qu'elle rachète massivement de l'or. Cela aurait une influence très négative sur le marché de l'or et par conséquent la Banque nationale ne pourrait plus réaliser les bénéfices que l'on attend d'elle – ou que l'on attendait d'elle ces dernières années – pour pouvoir les redistribuer à la Confédération et aux cantons.

Pour que la Banque nationale puisse continuer d'agir avec suffisamment d'indépendance et d'efficacité, il faut très clairement rejeter cette initiative paralysante qui relève d'un autre âge et qui serait suicidaire pour l'économie suisse! Il est d'ailleurs significatif qu'à ce moment du débat on n'ait pas encore enregistré de propositions de soutien. Cela conforte l'idée selon laquelle les initiateurs devraient suivre la recommandation des rapporteurs, soit de retirer cette initiative. Si ce n'est pas le cas, nous soutiendrons sans aucune réserve la position du Conseil fédéral et de la quasi-unanimité du Conseil des Etats, qui nous invitent tous deux à recommander au peuple et aux cantons de rejeter massivement cette initiative, sans lui opposer de contre-projet.

Birrer-Heimo Prisca (S, LU): Goldanlagen sind wichtig und gehören in das Portfolio unserer Nationalbank. Gold ist langfristig ein verlässlicher Wert, auch wenn er grossen Schwankungen ausgesetzt ist. Das Korsett hingegen, das die Initiative «Rettet unser Schweizer Gold» der Nationalbank anziehen will, ist so eng geschnürt, dass ihr davon die Luft wegbleiben würde.

Die Initiative verlangt die Aufbewahrung der Goldreserven in der Schweiz und einen Goldanteil in der Bilanz der Nationalbank von mindestens 20 Prozent, der nie verkauft werden darf. Wenn die Bewertung des Goldes also sehr tief ist und der Anteil in der Bilanz unter 20 Prozent fällt, muss die Nationalbank bestehende Aktivposten in Gold umtauschen

bzw. Gold kaufen, das dann aber nicht mehr verkauft werden darf. Sie muss Gold horten, egal ob der Goldanteil auf 30 oder 40 Prozent oder mehr steigt. Das führt dazu, dass die Aktivpositionen immer unflexibler werden und der Handlungsspielraum der Nationalbank massiv eingeschränkt wird. Die Nationalbank könnte ihren gesetzlichen Auftrag im Dienst unserer Volkswirtschaft nicht mehr im notwendigen Ausmass wahrnehmen, nämlich die Preisstabilität sicherstellen und dabei die konjunkturelle Entwicklung berücksichtigen. Die Nationalbank muss die Wirtschaft angemessen mit Geld versorgen. Sie muss die Geldmenge im richtigen Moment erhöhen bzw. auch wieder reduzieren können. Das ist volkswirtschaftlich notwendig und von zentraler Bedeutung, was sich im Jahr 2011 mit der Problematik der Frankenstärke gezeigt hat. Damals intervenierte die Nationalbank erfolgreich. Um den Franken-Mindestkurs zu halten, musste sie ihren Devisenbestand massiv erhöhen. Im Jahr 2012 stieg er um 194 Milliarden Franken. Hätte der Goldanteil damals 20 Prozent betragen müssen, so hätte die Nationalbank also für viele Milliarden Franken Gold kaufen müssen – dies mit Sicherheit zu einem sehr hohen Preis, da eine solche Bilanzvorschrift jedem Goldhändler das Herz höherschlagen lässt, weil er dadurch einen garantierten Absatz hat.

Die Initianten schränken nicht nur den Handlungsspielraum der Nationalbank massiv ein, sie setzen auch deren Glaubwürdigkeit aufs Spiel. Die Gold-Initiative ist außerdem ein Risiko für die Kantone. Je mehr Gold in der Bilanz der Nationalbank ist – dieser Anteil steigt mit jedem Aufstocken auf die 20-Prozent-Limite, und es ist nicht verkäuflich –, desto unsicherer wird eine Gewinnausschüttung der Nationalbank an die Kantone. Mit der Forderung, dass die gesamten Goldreserven in der Schweiz gelagert werden müssen, widerspricht die Initiative zudem jeglichen Strategien zur Risikodiversifikation.

Zum Schluss noch etwas zum Mythos Gold und zu den Fakten: Erstens lässt sich die angeblich einzige beständige Währung nirgendwo auf der Welt als Zahlungsmittel einsetzen, zumindest nicht offiziell. Wir sind nicht mehr im 19. Jahrhundert, als man in der Regel nur vollwertige Gold- und Silbermünzen als gesetzliches Zahlungsmittel hatte. Seit über 40 Jahren, seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems 1971, hat das Gold seine Funktion als Anker der internationalen Währungsordnung verloren. Zweitens sind Goldanlagen nicht risikofrei, der Goldpreis ist sehr volatil. Auch Gold ist ein Objekt der Spekulation und damit ein Risiko. Der Goldpreis fiel im vergangenen Jahr um ganze 28 Prozent, und für die Nationalbank bedeutete dies einen Verlust von rund 15 Milliarden Franken. Auch hier entscheiden letztendlich Angebot und Nachfrage über den Preis. Außerdem werden auch beim Gold Preisabsprachen vermutet. Seit März dieses Jahres liegt eine Klage gegen die fünf Banken vor, die zweimal täglich in London konferieren, um den Goldpreis festzulegen. Ich habe vorhin Kollege Stamm zugehört und möchte sagen: Von wegen internationalen Abhängigkeiten, es sind deutsche, französische, englische und kanadische Banken, die diesen Preis festlegen.

Die Redewendung «es ist nicht alles Gold, was glänzt» trifft auf diese Initiative volumnäßig zu. Sie gaukelt mit dem Titel einen sicheren Wert vor, der keiner Prüfung standhält. Sie verlangt eine Reserve, die niemals gebraucht werden dürfte. Ich frage Sie: Wofür brauchen Sie denn einen Notvorrat, wenn Sie diesen nie brauchen dürfen? Das macht doch absolut keinen Sinn. Aus aktueller Sicht könnte man zudem sagen: Ein Notvorrat an Mineralwasser, der 20 Prozent des Flüssigkeitsbedarfes decken muss, dürfte niemals getrunken werden. Daraus folgt, bildlich gesprochen: Lassen Sie unseren Armeechef nicht verdursten, und lassen Sie die Nationalbank nicht verkümmern. Die Gold-Initiative ist ökonomisch unsinnig, volkswirtschaftlich unverantwortlich und schädlich.

Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, diese Initiative wuchtig abzulehnen.

Germanier Jean-René (RL, VS): Au nom du groupe libéral-radical unanime, je vous demande de rejeter cette initiative. Une telle initiative est véritablement néfaste à la politique monétaire que doit mener la Banque nationale suisse. Celle-ci a pour mission de garantir la stabilité des prix et de contribuer à un développement ou une croissance de notre économie. L'acceptation de l'initiative serait néfaste pour la Suisse et pour le maintien de sa prospérité.

La Banque nationale a démontré, notamment ces dix dernières années, la justesse de ses actions en faveur de notre pays. Pour protéger notre économie, elle a régulièrement dû pratiquer une expansion de son bilan, puis une réduction, ce qui a permis d'avoir l'effet positif que nous connaissons pour la stabilité du cours de notre monnaie. Imaginez donc des achats d'or massifs à chaque augmentation du bilan, quel que soit le cours de l'or! Les effets sur le marché mondial ne manqueraient pas de se faire sentir et les pertes pour la Banque nationale également.

C'est la détermination de la Banque nationale d'annoncer un taux plancher du franc face à l'euro qui a été la clé du succès dans cette lutte contre le franc fort. Nous savons aujourd'hui plus que jamais quels sont les effets du taux de change sur notre économie.

La part d'or inaliénable que prévoit l'initiative serait en quelque sorte sortie du marché, et sa valeur deviendrait virtuelle puisque invendable. Ce volume d'or figé ne pourrait plus remplir sa fonction de réserve monétaire; il serait inutilisable pour combler les déficits du commerce extérieur ou pour intervenir sur le marché des changes.

En imposant à la Banque nationale des achats d'or comme le veulent les initiateurs, on empêcherait l'institution de remplir son mandat au service de la Suisse. Je dirais même qu'en vertu de cette initiative, on installerait une contradiction dans la Constitution entre l'obligation pour la Banque nationale de figer 20 pour cent de ses réserves en or et son mandat légal d'agir pour la stabilité des prix dans le pays. L'or fait partie des placements les plus volatils et donc les plus risqués dans le bilan de la Banque nationale, contrairement à l'idée de stabilité qui prévalait à une certaine époque. L'or n'a aujourd'hui plus aucune importance – ou très peu – en matière de politique monétaire. Il est un instrument de diversification des réserves monétaires.

Dans les années 1990, le Parti radical-démocratique avait approuvé la volonté du Parlement de réduire le volume des réserves d'or de la Banque nationale. Même après cette réduction, notre pays reste très fortement doté en réserves d'or en comparaison internationale et n'a pas besoin de l'inscription de ce principe dans la Constitution.

L'autre volet de l'initiative qui veut obliger la BNS à stocker la totalité de son or dans le pays n'apporte rien et serait même dommageable à notre politique. 30 pour cent de cet or sont aujourd'hui stockés à l'étranger auprès de la Banque d'Angleterre et celle du Canada. Cette diversification géographique est une sécurité en cas de crise, afin que notre pays puisse disposer de son or sur diverses places de négoce et le vendre aux meilleures conditions.

Pour la Suisse, afin de la servir et de contribuer à sa prospérité, nous voulons

une banque centrale qui soit une institution indépendante, qui ait une bonne marge de manœuvre pour agir sur les marchés et pour remplir son mandat constitutionnel. Nous voulons une banque nationale qui, comme dans le passé récent, puisse développer son action pour une stabilité des prix et une stabilité du franc. Nous voulons une institution nationale qui soit gérée avec de hautes compétences et puisse présenter des résultats positifs sur la durée, résultats qui permettent de distribuer aux cantons et à la Confédération des bénéfices profitables à nos collectivités publiques.

Pour toutes ces raisons, au nom du groupe libéral-radical, je vous appelle à recommander au peuple et aux cantons de rejeter cette initiative.

Schelbert Louis (G, LU): Die Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» verlangt, dass die Schweizerische Natio-

nalbank (SNB) alle Goldreserven in der Schweiz lagert, dass diese mindestens 20 Prozent der Aktiven betragen müssen und unverkäuflich sind. Die grüne Fraktion lehnt die Initiative ab, weil sie die Handlungsmöglichkeiten der SNB zum Nachteil des Landes einschränkt. Der vorgeschlagene Eingriff in die Unabhängigkeit würde der SNB schaden und ihr das Erfüllen ihres Verfassungsauftrages erschweren.

Das Hauptproblem der Initiative ergäbe sich aus dem Zusammenspiel der Unverkäuflichkeit des Goldes mit der Auflage, mindestens 20 Prozent der Aktiven in Gold halten zu müssen. Bezogen auf den Goldbestand von Ende 2013 müsste die SNB nach einer Annahme der Initiative viel Gold zukaufen und andere Währungsreserven abstoßen. Das wäre in der jetzigen Situation eine volkswirtschaftlich nicht zu verantwortende Fesselung und Einengung der Politik der SNB. Sie braucht, im Interesse des Landes, mehr Handlungsmöglichkeiten.

Gerade hat die SNB bekanntgegeben, dass sie weiterhin am Mindestkurs des Euros zum Franken festhalten will, weil sie aus wirtschaftspolitischen Gründen daran festhalten muss. Zwar sind wir Grünen der Meinung, der Kurs müsste bei der Kaufkraftparität angesetzt werden. Diese würde eher bei Fr. 1.40 als bei Fr. 1.20 liegen. Doch mit der Initiative würde der SNB sogar verunmöglich, den aktuellen Kurs von Fr. 1.20 durchzusetzen. Sie könnte nur noch in eine Richtung, mit Verkäufen, am Devisenmarkt intervenieren. Das würde der Exportwirtschaft und dem Land schaden.

Die Situation ist heute ganz anders als zum Zeitpunkt der Lancierung. Die Unterschriftensammlung begann am 20. September 2011, vierzehn Tage nach dem Beschluss der SNB, den Mindestkurs des Euros zum Franken bei Fr. 1.20 festzusetzen. In der Folge wurde die Bilanz der SNB aufgestockt, der Bestand an Euro vermehrte sich rapide und enorm; entsprechend verringerte sich der Anteil an Gold im Verhältnis zur Gesamtheit der Reserven. Bezogen auf den Stand von Ende 2013 müsste die SNB bei einer Annahme der Initiative den Goldbestand mehr als verdoppeln, bei den heutigen Preisen sogar verdreifachen – es ist anzunehmen, ja zu hoffen, dass die SNB später ihre Bilanz wieder nach unten fahren und die Geldmenge verringern kann –; der Anteil des unverkäuflichen Goldes würde dann immer grösser. Wegen der Unverkäuflichkeit könnte der Anteil so gross werden, dass die Aktivseite der Bilanz nicht mehr zu bewirtschaften wäre. Die SNB könnte dann ihren Verfassungsauftrag überhaupt nicht mehr erfüllen.

Ist das die Absicht der Initianten? Als die SNB beschloss, einen Mindestkurs zu verteidigen, erwuchs ihr aus diesen Kreisen und bei Teilen der SVP zum Teil harte Kritik. Diese ist später verstummt. Die Initiative aber ist im Grunde Ausdruck der Aufrechterhaltung dieser Kritik. Sie wurde ja genau zu diesem Zeitpunkt offiziell lanciert. Wir wollen uns nicht im Detail ausdenken, was der Schweizer Wirtschaft ohne den Mindestkurs von Fr. 1.20 widerfahren wäre. Die Situation war und ist so schon schwierig genug.

Die Initianten behandeln Gold wie einen Fetisch. Dabei sind Anlagen in Gold nicht sicherer als Anlagen in anderen Werte. Der Wert stieg und sank in der Vergangenheit immer wieder. Zu kritisieren ist die SNB, dass sie auch in Wertpapiere von Unternehmen investiert hat, die Streubomben usw. herstellen. Wir Grünen verlangen, dass sich die SNB von Anlagen trennt, die ethischen Kriterien so krass entgegenstehen.

Noch zur Frage des Orts der Lagerung: 70 Prozent des SNB-Goldes lagern laut Bundesrat in der Schweiz, 20 Prozent im United Kingdom und 10 Prozent in Kanada. Eine dezentrale Lagerung macht aus Sicht des operationellen Risikos Sinn: Die Verfügbarkeit ist gewährleistet, die Barren sind nummeriert.

Die Fraktion der Grünen empfiehlt aus den dargelegten Gründen, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Leuenberger Ueli (G, GE): L'initiative veut limiter les moyens d'action de la BNS. En cas d'acceptation, les conséquences pour notre pays seraient négatives et la BNS aurait beaucoup de difficultés à remplir son mandat constitutionnel.

L'initiative exige que la BNS détienne au moins 20 pour cent de ses actifs en or et que ces réserves soient inaliénables; c'est là que le bât blesse. En cas d'acceptation, la BNS devrait racheter de l'or en vendant d'autres devises. Dans l'intérêt national, la BNS a besoin d'une plus grande liberté d'action. Les initiateurs veulent provoquer le contraire. Ils veulent imposer à la BNS des contraintes économiques irresponsables.

La BNS vient de confirmer récemment le maintien de sa politique du taux de change minimal de l'euro face au franc. C'est une nécessité absolue. Le groupe des Verts s'est exprimé à maintes reprises pour que le taux de change tende vers la parité avec le pouvoir d'achat. Celui-ci se situe certainement plus près de 1,40 franc que de 1,20 franc pour 1 euro. Mais, en cas d'acceptation de l'initiative, il sera même impossible de faire appliquer le taux actuel de 1,20 franc.

Les ventes sur le marché des devises resteront le seul moyen d'intervention pour la BNS. Les effets négatifs pour l'économie d'exportation et pour le pays seront considérables.

Nous vivons aujourd'hui une situation bien différente de celle qui prévalait au moment du lancement de l'initiative en septembre 2011, tout juste deux semaines après la décision de la BNS de fixer le taux de change minimal à 1,20 franc pour 1 euro. Depuis, la BNS a dû augmenter son bilan et accumuler rapidement de grandes réserves d'euros. En conséquence, la proportion des réserves d'or dans la totalité des réserves s'est réduite. Si l'initiative était acceptée, et en se basant sur les chiffres de 2013, la BNS devrait doubler, voire tripler ses réserves d'or; tripler, si on tient compte du prix actuel de l'or.

Nous pensons que la Banque nationale pourra réduire un jour son bilan et diminuer la masse de devises. En conséquence, la proportion de l'or inaliénable augmentera passablement. L'interdiction des ventes d'or posera de graves problèmes et ne permettra plus de réaliser des plus-values. Le mandat constitutionnel de la Banque nationale ne pourra ainsi plus être rempli. Est-ce que c'est cela l'intention des initiateurs?

Lorsque la Banque nationale a fixé le taux plancher applicable au cours du franc suisse par rapport à l'euro, des critiques assez dures ont fusé des rangs des partisans de l'initiative et d'une frange de l'UDC. Bien que ces critiques se soient tués par la suite, le soutien à l'initiative est in fine l'expression du maintien de ces critiques. Imaginons ce qui se serait arrivé si par malheur on avait suivi ces milieux.

Les initiateurs cultivent une relation fétiche avec le métal jaune. Mais l'investissement dans l'or n'est certainement pas plus sûr que dans d'autres valeurs. Les fluctuations du cours de l'or sont, si vous me passez l'expression, monnaie courante. Contrairement aux initiateurs, pour nous, le stockage de 30 pour cent de l'or à l'étranger a tout à fait du sens sous l'angle des risques opérationnels.

Nous vous prions, vous l'aurez certainement compris, de recommander le rejet de l'initiative.

Fischer Roland (GL, LU): Wir haben in den vergangenen Jahren schon verschiedene Initiativen diskutiert und teilweise auch angenommen, welche mit dem Völkerrecht oder anderen Verfassungsbestimmungen oder sogar mit beidem nicht vereinbar sind. Mit der Gold-Initiative gehen die Initianten aber nun noch einen Schritt weiter in eine andere Dimension. Es handelt sich um eine Volksinitiative, welche quasi mit sich selbst nicht vereinbar ist. So verlangt die Initiative unter anderem, dass die Goldreserven der Nationalbank nicht verkauft werden dürfen und dass gleichzeitig der Anteil des Goldes an den Aktiven der Nationalbank 20 Prozent nicht unterschreiten darf. Hier ergibt sich der zentrale Widerspruch dieser Volksinitiative. Wie bewerte ich in der Bilanz der Nationalbank etwas, das nicht verkäuflich ist, d. h. etwas, für das ich gemäss Bundesverfassung keinen Gegenwert und keinen Nutzen erzielen darf? Was nützen uns Tausende von Tonnen Gold, wenn wir diese im Krisenfall nicht verkaufen dürfen? Genauso gut könnten wir das Gold tief in

einem Berg vergraben und den Stollen zuschütten. Das Gold wäre zwar noch im tiefen Innern des Berges, man könnte aber nicht mehr darauf zugreifen. Das wäre aber auch gar nicht notwendig, denn wir dürften das Gold ja sowieso nicht verkaufen. Das Gold wäre zwar «gerettet», wie die Initianten sagen würden, aber zu welchem Zweck?

Unter dem Goldstandard oder dem späteren Gold-Devisen-Standard, dem zahlreiche Währungen in der Vergangenheit zeitweise unterworfen waren – auch der Schweizerfranken –, mussten die Notenbanken jederzeit eigene und fremde Zahlungsmittel in Gold tauschen können. Dadurch erhoffte man sich Stabilität und Vertrauen für diese Währungen. Eine solche Umtauschpflicht wäre jedoch bei einer Annahme der Initiative gar nicht möglich, da ja das Gold unverkäuflich, d. h. nicht eintauschbar wäre. Der Goldstandard und der Gold-Devisen-Standard haben zwar die erwünschten Stabilisierungserfolge nicht mit sich gebracht; sie sind bekanntlich letztendlich an den wirtschaftspolitischen Realitäten gescheitert und mussten zugunsten eines Systems flexibler Wechselkurse und unabhängiger Nationalbanken aufgegeben werden. Aber selbst wenn die Währungsstabilität ein Ziel dieser Initiative wäre, dann würde die Initiative nicht zu dieser Stabilität beitragen, weil eben diese Umtauschpflicht, welche die Stabilität garantiert, gar nicht möglich wäre. Das Gold wäre zwar da, aber ohne praktischen Nutzen für die Stabilität.

Unter diesen Voraussetzungen und gemäss dem Obligationenrecht müssten wir das Gold mit dem Wert null bilanzieren. Da ergibt sich bereits das zweite Dilemma dieser Initiative: Wie kann ich in der Bilanz der Nationalbank mit einem Aktivum, das ich eigentlich zu null bewerten müsste, einen Anteil an den Aktiven von 20 Prozent erreichen? Das ist rein mathematisch gar nicht möglich. Wir könnten zwar bei der Annahme durch eine spezielle gesetzliche Regelung eine andere Bewertung, zum Beispiel eine Bewertung zum Marktwert, vorschreiben. Aber das ändert nichts an der wirtschaftlichen Tatsache, dass unverkäufliches Gold im Grunde genommen keinen Wert hat.

Abgesehen davon, dass die Initiative in sich selbst widersprüchlich ist, gäbe es bei einer Annahme der Initiative zahlreiche praktische Probleme für die Schweizerische Nationalbank, welche es ihr schwermachen würden, eine glaubwürdige, unabhängige Geldpolitik im Interesse der Schweizer Volkswirtschaft durchzuführen. In der Botschaft des Bundesrates sind einige dieser Probleme dargelegt. Die Kommissionssprecher haben sie ebenfalls klar aufgezeigt, und ich verzichte deshalb darauf, sie nochmals zu nennen. Allgemein kann es aber nicht im Interesse der Schweiz sein, der Nationalbank und der Schweiz mit einer solchen widersprüchlichen und praktisch kaum umsetzbaren Volksinitiative, welche überdies der Schweiz und ihrer Volkswirtschaft keinen Nutzen bringt, Steine in den Weg zu legen.

Die Gold-Initiative gefährdet letztendlich vor allem das Vertrauen in unsere starke Währung und somit in den Wohlstand der Schweiz. Ich bitte Sie deshalb im Namen der grün-liberalen Fraktion, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Hassler Hansjörg (BD, GR): Die BDP-Fraktion lehnt die Gold-Initiative ab. Die Gold-Initiative ist eine Initiative von vorgestern. Sie trägt den heutigen Gegebenheiten in der Geld- und Währungspolitik der Nationalbank in keiner Art und Weise Rechnung – im Gegenteil: Sie würde den Spielraum der Nationalbank enorm einschränken. Sie verlangt, dass die Schweizerische Nationalbank mindestens 20 Prozent ihrer Aktiven in Gold halten muss. Dieses soll in der Schweiz gelagert werden und auch unverkäuflich sein. Grundsätzlich ist und bleibt es falsch, wenn die Politik der Nationalbank dreinredet. Die Nationalbank weiss viel besser als die Politik, wie sie sich im anspruchsvollen internationalen währungspolitischen Umfeld zu bewegen hat. Im Weitern hat die Nationalbank den gesetzlichen Auftrag, die Preisstabilität zu gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung zu tragen. Zwischen Preisstabilität und dem Goldanteil in der Bilanz der Nationalbank besteht jedoch kein Zusammenhang. Preisstabilität wird vielmehr

dadurch sichergestellt, dass die Nationalbank als unabhängige Institution die Wirtschaft angemessen mit Geld versorgt und durch eine klare und transparente Geld- und Währungspolitik das Vertrauen in die Wertbeständigkeit des Frankens sichert. Ein hoher und unverkäuflicher Anteil von Gold an den Aktiven würde die Geld- und Währungspolitik und damit die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags bedeutend erschweren.

Bei einer Annahme der Initiative müsste die Nationalbank bei einer Lockerung der Geldpolitik und einer damit verbundenen Ausweitung der Bilanz oder bei einem fallenden Goldpreis zusätzliches Gold kaufen. Dieses dürfte sie aber nicht wieder verkaufen, auch dann nicht, wenn sie die Geldpolitik später wieder straffen müsste oder der Goldpreis wieder steigen würde. Dadurch könnte der Goldanteil auf der Aktivseite der Bilanz sehr gross werden, im Extremfall könnte die Aktivseite sogar weitgehend aus Gold bestehen. Die hohen Goldbestände könnten, da sie nicht verkauft werden dürfen, auch nicht mehr die Funktion von Währungsreserven erfüllen. Sie könnten weder zur Finanzierung von Ausserhandelsdefiziten noch zu Interventionen am Devisenmarkt verwendet werden.

Eine Annahme der Gold-Initiative hätte unter Umständen eine grosse Bilanzausweitung bei der Nationalbank zur Folge. Die ungünstigen Auswirkungen der Initiative auf die Bilanzstruktur müssten bei geldpolitischen Entscheiden von vornherein mitberücksichtigt werden. Die Nationalbank könnte diese nicht mehr mit derselben Entschiedenheit ankündigen und durchsetzen wie heute. Dem Markt wären diese Einschränkungen zudem bekannt, und die Glaubwürdigkeit der Nationalbank wäre geschwächt. Massnahmen wie die Mindestkurspolitik gegenüber dem Euro oder weitreichende Vorkehrungen zur Sicherung der Finanzstabilität wären kaum mehr möglich.

Eine Annahme der Initiative würde auch das Risiko-Ertrags-Profil im Rahmen der Diversifikation der Währungsreserven zwar zu einer ausgewogenen Verteilung der Bilanzrisiken beitragen. Für sich allein genommen gehört es aber zu den volatilsten und damit riskantesten Anlagen in der Bilanz der Nationalbank. Diesem erhöhten Risiko stünde gleichzeitig keine höhere Anlagerendite gegenüber, was einer verantwortungsvollen Anlagepolitik zuwiderläuft. Ein wachsender Goldanteil würde auch zu einer geringeren Ausschüttung an Bund und Kantone führen, zumal Gold keine laufenden Erträge in Form von Zinsen oder Dividenden abwirft und wegen des Verkaufsverbots auch keine Bewertungsgewinne realisiert werden dürfen.

Unser Parlament hat in den Neunzigerjahren eine Reduktion der Goldreserven bei der Nationalbank verlangt, um eine ertragreichere Bewirtschaftung der Währungsreserven zu erreichen. Und heute sollen wir den umgekehrten Weg beschreiten? Nein, die Währungs- und Geldpolitik der Nationalbank hat sich in den letzten, sehr herausfordernden Jahren bewährt. Sie hat ihre Aufgabe gut gelöst. Und auch wenn die Goldreserven reduziert wurden, so verfügt die Schweiz im internationalen Vergleich mit rund tausend Tonnen immer noch über sehr hohe Goldreserven.

Eine Annahme der Initiative würde also die Handlungsfreiheit unserer Nationalbank schwerwiegend einschränken. Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit sind aber auch in Zukunft eine notwendige Voraussetzung, damit die Nationalbank ihre Aufgaben erfüllen kann.

Für die BDP-Fraktion ist klar: Diese Initiative ist nicht zeitgemäß. Sie schwächt unsere Nationalbank und damit auch ihre Möglichkeiten, die Währungs- und Geldpolitik anzupassen und damit der Schweizer Wirtschaft zusätzliche Stabilität zu gewähren. Darum gibt es zu dieser Initiative aus unserer Sicht nur ein klares Nein!

Präsident (Lustenberger Ruedi, Präsident): Die CVP/EVP-Fraktion teilt mit, dass sie die Initiative ablehnt.

Fehr Hans (V, ZH): Es haben nun viele Redner aus den Fraktionen mehr oder weniger Intelligentes zu dieser Gold-Initia-

tive gesagt. Ich weiss auch, dass diese Initiative Schwächen aufweist. Sie haben diese ja x-mal betont, ich werde jetzt nur die Stärken dieser Initiative aufzeigen. Was Sie am Schluss damit machen, welche Bilanz Sie ziehen, ist dann Ihre Sache.

Ich glaube, es ist unbestritten: Die Finanzwelt ist noch immer ausser Rand und Band. Die Nationalbanken haben in der Krise von 2008 und in den Folgejahren ihre Finanzsysteme mit gigantischen Geldspritzen zu stabilisieren versucht. Zum Teil ist das auch gelungen, gewisse Rettungsversuche waren positiv. Darüber gehen die Meinungen allerdings auseinander. Was ist seither passiert? Seither finanzieren die Nationalbanken mit der Geldpresse praktisch nur noch die Defizite ihrer Regierungen, und das ist ein schlimmer Verstoss gegen alle bewährten Regeln. Die Schweizerische Nationalbank kann hiervon zwar ausgenommen werden, weil wir im internationalen Vergleich kein allzu hohes Staatsdefizit haben. Zur Verteidigung des Frankenkurses hat aber auch die Schweizerische Nationalbank ihre Bilanzsumme gewaltig ausgedehnt – es sind heute etwa 500 Milliarden Franken –, ohne für die entsprechenden Risiken die nötigen Eigenmittelreserven geschaffen zu haben.

Sie alle sprechen zu Recht von der politischen Unabhängigkeit der Nationalbank. Es ist klar, sie muss bleiben, diese Unabhängigkeit. Trotzdem muss auch die Schweizerische Nationalbank bei ihrer Geschäftstätigkeit gewisse Regeln befolgen. Wenn ich das heutige Direktorium unter die Lupe nehme, scheint mir dieses zwar in Ordnung zu sein und gute Arbeit zu machen. Aber wir wissen ja nicht, was morgen und übermorgen ist. Vielleicht kommt irgendwann wieder ein Herr Hildebrand, man weiss es nicht. Eine der Regeln, die meines Erachtens und im Sinne dieser Initiative eingehalten werden sollen, ist die 20-Prozent-Gold-Regel; das scheint mir eine intelligente Regel zu sein. Die Nationalbank muss dann nämlich bei der Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit 20 Prozent des zusätzlichen Volumens mit neuem Gold unterlegen. Dieses Gold kann sie am Markt kaufen.

Diese Regel entspricht in etwa den Eigenkapitalvorschriften für Grossbanken. Auch diese Eigenkapitalvorschriften wurden ja bekanntlich verschärft. Die 20-Prozent-Regel gibt der Schweizerischen Nationalbank in Krisenzeiten einen gewissen Schutz, denn in Krisenzeiten steigt logischerweise der Goldpreis. Damit bildet der vorgeschriebene Goldbestand mindestens einen gewissen Schutz, eine Art Versicherung für die Anlagen der Schweizerischen Nationalbank.

In Gewichtung dieser positiven Punkte bitte ich Sie, die Sache unvoreingenommen zu prüfen, Bilanz zu ziehen und die Gold-Initiative zu unterstützen.

Caroni Andrea (RL, AR): Wir wissen seit Goethe, dass alles am Golde hängt und alles zum Golde drängt. Heute Nachmittag aber haben Sie schon des Öfteren gehört, dass eben doch nicht alles Gold ist, was glänzt – diese Initiative schon gar nicht, sie ist nämlich vielmehr ein goldener Käfig für die Nationalbank. Jedes Wort dieser Initiative, das sehen Sie, wenn Sie sie auf Hans Fehrs Anregung hin noch einmal lesen, ist wie ein goldener Gitterstab. Wenn wir uns jetzt die Nationalbank vorstellen wie den Panther in jenem schönen Gedicht von Rainer Maria Rilke, dann ist dieser Käfig für die Nationalbank so, als ob es tausend Stäbe gäbe und hinter tausend Stäben keine Welt.

Am einschränkendsten von all diesen Stäben ist die Kombination aus Absatz 3 und Absatz 1 von Artikel 99a. Absatz 3 verlangt mindestens 20 Prozent Goldanteil, und Absatz 1 sagt, dieser Anteil sei dann unverkäuflich. Wenn man das kombiniert, ist das schon in der Momentaufnahme unglaublich starr. Die SNB kann nur noch mit 80 Prozent ihrer Bilanz arbeiten. Aber jetzt stellen Sie sich das Ganze im dynamischen Zeitenlauf vor. Immer wenn der Pegel der SNB-Bilanz steigt, muss der Goldpegel mit steigen. Wenn dann der Bilanzpegel wieder sinkt, muss der Goldpegel bleiben. Das heisst, er wächst absolut über die Zeit nur noch. Am schlimmsten ist das, wenn Sie es relativ betrachten. Ich nehme ein konkretes, realistisches Zahlenbeispiel: Die SNB hat eine Bilanz von 100 Milliarden Franken. Dann muss sie

20 Milliarden in Gold haben. Wenn jetzt der Pegel auf 500 Milliarden Franken steigt, dann braucht sie schon 100 Milliarden in Gold. Wenn dann die SNB-Bilanz wieder auf ihre ursprünglichen 100 Milliarden Franken herunterfällt, werden Sie feststellen, wird auch Kollege Hans Fehr beim Blick in die Bilanz feststellen, dass Sie dann 100 Milliarden Franken in Gold auf eine Bilanz von 100 Milliarden Franken haben; das sind 100 Prozent unverkäufliches Gold. Wenn Sie dann so wie die Nationalbank in einem goldenen Käfig sitzen, dann nützt es Ihnen eben gar nichts, dass er aus Gold ist, er ist einfach nur ein Käfig, also eine Freiheitsbeschränkung, sonst gar nichts. Unsere Nationalbank aber braucht Freiheit, sie braucht Freiheit, um ihrem Verfassungsauftrag nachzukommen, um eine Geldpolitik im Interesse unseres Land zu verfolgen.

Ich bitte Sie also, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Sie verspricht zwar gemäss ihrem Titel das Goldene vom Himmel, aber schlussendlich ist sie nichts anderes als das: ein Tanz um ein goldenes Kalb.

Schwaab Jean Christophe (S, VD): Je le dis en préambule: je suis assez sceptique face au principe d'indépendance des banques centrales. La politique monétaire est en effet beaucoup trop importante pour être de droit et de fait soustraite au contrôle démocratique comme c'est actuellement le cas. Elle a trop d'impact sur l'économie, sur la conjoncture, sur les emplois, sur les entreprises, sur nos vies à toutes et à tous.

Cela, nous avons pu le constater lors des différentes crises du franc fort. Il y a eu une obsession de notre Banque nationale pour la question de l'inflation, qui nous a coûté dix ans de marasme, de crise et de chômage dans les années 1990. A contrario, une intervention judicieuse de la BNS lors de la crise de l'euro nous a certainement évité une catastrophe économique, notamment pour l'industrie d'exportation.

La politique monétaire est donc trop importante pour être laissée aux seuls banquiers centraux. Et elle est aussi trop sérieuse pour être laissée aux monétaristes. L'Etat et ses institutions démocratiques doivent donc conserver un pouvoir de contrôle sur les banques centrales et veiller à ce que la politique monétaire serve les intérêts réels de la population. Ceux-ci passent avant ceux des investisseurs ou des finances cantonales.

Mais telle n'est pas la question posée par l'initiative qui nous occupe aujourd'hui. Cette dernière veut certes restreindre l'indépendance de la BNS en lui prescrivant comment gérer ses réserves d'or, et surtout en lui imposant d'en avoir un certain stock. Cependant il ne s'agit pas de restreindre son indépendance quant à la politique qu'elle doit mener, mais de déterminer comment elle doit la mener. Et peu importe si les moyens qu'on lui prescrit ne sont pas compatibles avec ladite politique, voire l'empêcheraient carrément de la mener.

Autant l'indépendance politique des banques centrales est critiquable d'un point de vue démocratique, autant il serait très dangereux d'interférer dans leur fonctionnement opérationnel, comme le veut l'initiative. Cette initiative n'est rien d'autre qu'une proposition d'apprentis sorciers, ou plutôt d'alchimistes, ces mages qui, dit-on, transformaient le plomb en or. Certes, l'or inspire confiance. Mais c'est plutôt une confiance dans le brillant, le cliquant, le bling-bling, si j'ose dire. Cette confiance est surestimée, comme l'est l'importance de l'or dans la politique de la BNS.

En cas de oui à cette initiative, la BNS se retrouverait avec un stock d'or inaliénable, d'une valeur certainement substantielle, mais totalement inutilisable pour intervenir sur les marchés monétaires. Un actif inaliénable devient du patrimoine administratif et, au final, il perd toute valeur, donc toute utilité. Ce carcan doré, cette «cage dorée», pour reprendre l'excellente expression de mon préopinant, qu'imposerait l'initiative restreindrait drastiquement la marge de manœuvre de la Banque nationale, au risque de l'empêcher de mener ses tâches à bien. Or, ces tâches ne viennent pas de n'importe où, elles se fondent sur la Constitution fédérale.

Cette expérience alchimique qu'est l'initiative «Sauvez l'or de la Suisse» n'est malheureusement pas isolée. Actuellement, on récolte des signatures pour une autre proposition digne de Nicolas Flamel et de sa pierre philosophale, l'initiative dite «pour une monnaie pleine» ou «Vollgeldinitiative» dans le texte original.

En définitive, avec ce genre de propositions, nous aurions une BNS dont la capacité d'action et la crédibilité seraient diminuées. Vu les crises monétaires récentes, cela serait tout simplement suicidaire. Pour résumer, je pense que l'initiative qui nous est soumise aujourd'hui reviendrait à obliger à acheter un vin dont on ne sait pas s'il se gardera mais qui obligerait surtout à adhérer immédiatement à la Croix-Bleue, ce qui fait que ce vin, dont on ne sait pas s'il se gardera bien, ne pourrait tout simplement pas être consommé.

Je vous remercie de suivre la commission.

Golay Roger (V, GE): Le Mouvement Citoyens Genevois soutient l'initiative «Sauvez l'or de la Suisse». Nous estimons que, par cette mesure, la Suisse maintiendra une certaine stabilité de son système financier et garantira, en cas de difficultés majeures, une réserve de sécurité permettant d'atténuer efficacement les chocs d'une crise.

L'or est, de manière générale, un placement à long terme stable et pérenne. C'est encore plus vrai pour un Etat. La réserve d'or fait partie du patrimoine collectif du peuple suisse. Pour nombre de nos concitoyens, et objectivement, il s'agit d'une assurance contre les aléas de la politique internationale.

Il convient de rappeler que le système monétaire international a connu une très grande stabilité dans l'après-guerre grâce aux accords de Bretton Woods en 1944 qui ont permis la convertibilité du dollar avec l'or, accords soutenus par les principaux pays alliés. Ces accords ont permis une stabilité de la monnaie et une reconstruction de l'Europe; c'est la démonstration de l'effet bénéfique de l'or sur le système monétaire. Malheureusement, ce système a dérivé sous l'influence de certains gouvernements qui ont préféré la facilité et l'immédiateté plutôt que la stabilité et le long terme. A titre d'exemple, les Américains ont, pour financer l'effort de la guerre du Vietnam, fait tourner la planche à billets. Cette pratique, contraire à l'esprit de Bretton Woods, a fini par faire disparaître cette politique de stabilité. Les crises pétrolières et l'inflation ont accéléré la sortie de ce système pourtant éprouvé.

Quant à nos réserves d'or, elles ont été placées dans d'autres pays, face aux menaces d'agression étrangère d'autan. Plus rien ne justifie cette perte de contrôle et il est temps de les rapatrier. Ces réserves doivent être sous notre toit.

La force de la Suisse a souvent reposé sur la sagesse de sa politique, et les réserves d'or en ont constitué un élément essentiel. Elles ont largement contribué à concrétiser notre prospérité. Elles sont en outre la matérialisation de l'effort de tout un peuple. Nous n'avons aucune légitimité à contrer cette saine politique.

Bien au contraire, notre devoir de parlementaires est de proposer une politique qui garantit cette stabilité à long terme et maintient des perspectives d'avenir réjouissantes, même en cas de crise.

Le message est simple. Si nous voulons rester un pays indépendant, il est nécessaire que nous ayons les moyens de garantir la solidité de notre monnaie et l'attractivité de la Suisse pour des investissements étrangers. Aucun système n'est parfait, mais celui-ci nous assure une sécurité sur le long terme.

Il est de notre devoir de parlementaires responsables de veiller non seulement à des objectifs immédiats, mais également à la pérennité de notre pays et d'assurer aux générations futures une prospérité équivalente à celle dont nous avons hérité de celles et ceux qui, par leur labeur, ont permis l'accumulation de ces réserves.

Ce sont les raisons pour lesquelles nous vous invitons à recommander d'accepter cette initiative.

Nidegger Yves (V, GE): Vous avez été abreuves de nombreux arguments. Je n'en ajouterai que deux.

Le premier tient au changement de la nature du régime qui prévaut aux Etats-Unis. Ceci nous a amenés à reconsiderer nos relations avec ce pays, surtout dans ce rôle de garant de l'or qui lui a été confié pendant la Seconde Guerre mondiale, lorsque le danger pour la liberté était en Europe. Alexis de Tocqueville, penseur de la démocratie au XIXe siècle, avait conclu son analyse des Etats-Unis en disant que l'Amérique était grande parce qu'elle était bonne et que le jour où elle cesserait d'être bonne, elle cesserait d'être grande. Cette prophétie de Tocqueville est aujourd'hui accomplie avec la présidence de Monsieur Obama.

Les Etats-Unis, traditionnellement, ont été une tentative européenne de migrants vers l'Ouest qui ont tenté de renverser le rapport des poids respectifs entre ordre public et liberté individuelle, qui a toujours prévalu en Europe avec immensément plus de poids du côté de l'ordre public que des libertés. Les Etats-Unis ont été pendant des décennies les garants d'une formule qui faisait prévaloir la liberté individuelle; ils ont joué un rôle pendant la guerre froide, en particulier de défenseurs de la liberté à l'échelon planétaire.

Ce rôle, les Etats-Unis ne le jouent plus et, depuis quelque temps, ce sont nos adversaires, ce sont même nos ennemis, qui mènent une guerre économique sur le terrain financier, dont la Suisse a été la cible. Déposer notre or chez l'ennemi n'est pas forcément de la plus grande intelligence. C'est la raison pour laquelle une partie de l'initiative, qui prévoit le rapatriement de l'or en Suisse, mérite que l'on soutienne ce texte.

Le deuxième argument tient à la stabilité de la valeur contenue dans l'or sur le très long terme. A l'époque où les signatures ont été récoltées pour cette initiative, l'or montait et les ventes d'or par la BNS paraissaient particulièrement inopportunes. Par la suite, le cours de l'or a baissé et cela amène un argument à ceux qui disent qu'il serait peu intelligent de conserver de l'or alors que cette valeur baisse – l'or vient de remonter. Mais si vous vous placez dans le très long terme, vous constaterez que l'or a toujours été – et sans doute restera – une valeur stable à laquelle on peut adosser objectivement une monnaie. Avec une once d'or, vous pouviez acheter, sous l'Empire romain, une toge de pourpre, ce qui équivalait à l'époque à un super costard de luxe; aujourd'hui, avec une once d'or – 1313 dollars –, vous achetez toujours un super costard de luxe. Ce genre de signe démontre qu'il y a dans l'or quelque chose de particulier et qu'il ne faut pas en rester aux conjonctures à court terme mais considérer cela dans un autre contexte.

C'est apparemment ce que font des pays comme la Chine, qui, avec d'autres, se préparent, par un panier de monnaies qu'ils mettront en commun, à détrôner le dollar comme valeur de paiement internationale. Ces pays achètent de l'or, et ce n'est sans doute pas par hasard.

Il est donc également important sous cet angle que la BNS puisse adosser le franc suisse à une valeur qui restera dans le futur une valeur solide et objective.

Je vous remercie de recommander d'accepter cette initiative.

Vitali Albert (RL, LU): Die Gold-Initiative, das haben wir heute schon ein paarmal gehört, ist widersprüchlich. Dazu zwei Feststellungen:

1. Im Ständerat hat sich gar kein SVP-Mitglied für die Initiative starkgemacht, und es musste nicht einmal darüber abgestimmt werden.

2. Die Initiative ist auf der Website der SVP nicht aufgeschaltet – Sie sehen, dass ich mich dort erkundigt habe –; ein kleines Editorial und ein paar Referate geben über die Initiative Auskunft.

Die Initianten gehen davon aus, dass Gold stabiler ist als Währungen und Aktien. Dem ist bei Weitem nicht so. Der Goldpreis pro Unze stieg von 500 Dollar im Jahr 2006 bis auf 1800 Dollar im Jahr 2011. Heute liegt er bei rund 1200 bis 1400 Dollar. Sie sehen also: Auch der Goldpreis zeigt grosse Schwankungen. Wer hat den grössten Einfluss auf den Goldpreis? Es sind dies grössere ausländische Zentralban-

ken und Goldminengesellschaften. Mit einem höheren Goldanteil wären wir von diesen abhängig. In den vergangenen Jahren hat die Nationalbank Gold verkauft. Die Initianten sagen: zu einem schlechten Preis. Weil die Schwankungen des Goldpreises eben gross sind, war es schwierig, den geeigneten Zeitpunkt zu finden. Die Verluste der Nationalbank im Jahr 2013 resultierten übrigens auch aus einem Rückgang des Goldpreises.

Im Jahr 2012 musste die Nationalbank zur Stützung des Frankens in kurzer Zeit für 194 Milliarden Franken Devisen kaufen. Bei einem fixen 20-Prozent-Anteil an Gold hätte das für die Nationalbank bedeutet, für 32 Milliarden Franken Gold zu kaufen. Sie können sich vorstellen, wie schnell der Goldpreis in die Höhe geschnellt wäre und dass die Nationalbank teures Gold hätte kaufen müssen. Anschliessend hätte sie das Gold nicht einmal mehr verkaufen dürfen, wenn sich die Lage beruhigte. Der Anteil an Gold würde so immer grösser.

Es ist für die Nationalbank empfehlenswert, ihr Portfolio gut zu diversifizieren und in Aktien, Gold und anderen realen Werte anzulegen. Der Goldanteil kann sicher noch etwas steigen, aber schonend und langsam. Mehrere Köche verderben den Brei, und darum ist es gut, dass wir uns nicht in die Geschäfte der Nationalbank einmischen.

Weiter betonen die Initianten immer wieder, dass sie eine unabhängige Schweiz wollen. Das will ich auch. Aber ich will auch eine unabhängige Nationalbank. Dass sie Handlungsfreiheit hat, ist gut für unsere Wirtschaft. Das hat sie mit den Krisenbewältigungen in den letzten Jahren eins zu eins bewiesen.

Ich war schon immer der Meinung, dass sich die Politik nicht in die Geschäfte der Nationalbank einmischen soll, und dabei bleibe ich auch heute noch. Ich lehne die Gold-Initiative ab und bitte Sie, das Gleiche zu tun.

Steiert Jean-François (S, FR): Mit der Initiative, über die wir heute diskutieren, wiederholen sich Tatbestände, die wir schon bei anderen Vorlagen in den letzten Monaten und Jahren gehabt haben. Wir haben lange darüber diskutiert, ob man Robbenfelle importieren dürfen soll oder nicht, bis unsere ständerätslichen Kollegen festgestellt haben, dass gar keine Robbenfelle in die Schweiz importiert werden. Wir haben lange über Minarette diskutiert und dann festgestellt, dass es in der Schweiz deren drei gibt. Trotzdem haben wir das ganze Volk einbezogen und eine Kampagne und alles gemacht, zu einem Problem, das in der Realität eigentlich nicht existiert. Wir diskutieren in Boulevardblättern und anderen Zeitungen über Burkas, obwohl die meisten von uns relativ selten Frauen und noch weniger Männer, die eine Burka tragen, in unserem Land antreffen. Bleiben wir seriös. Wir haben heute eine Initiative vorliegen, die ein Problem herbeiredet, wo es eigentlich keines gibt. Wir haben in der Schweiz eine Währungspolitik, die zu den effizientesten weltweit gehört, sie ist messbar erfolgreich. Wir haben Initianten, die behaupten, das Ganze funktioniere nicht und wir müssten das korrigieren. Das ist besonders amüsant und pikant, wenn es von Kolleginnen und Kollegen kommt, die üblicherweise die ordnungspolitische Meinung vertreten, der Staat solle sich nicht allzu sehr in solche Bereiche einmischen. Genau diese Kolleginnen und Kollegen sagen uns heute ganz präzis, dass mindestens 20 Prozent der Aktiven der Nationalbank in Gold platziert werden sollen. Wenn in der Praxis irgendein Anlageberater einer Grossmutter sagen würde, sie solle mindestens 20 Prozent ihres Vermögens in Goldbarren platzieren, dann würde er im Falle einer Strafklage vermutlich knapp dem Gefängnis entwischen. Wenn das politisch gemacht wird, dann ist das plötzlich salonfähig. Das hat irgendetwas relativ Abstruses.

Vieles wurde bereits von den Vorrednern zur erfolgreichen Währungspolitik der Schweizerischen Nationalbank gesagt. Es hat keinen Sinn, das hier noch einmal zu wiederholen. Man soll nicht ein Schiff, das gut, erfolgreich und zielbewusst fährt und das erst noch effizient mit den Mitteln umgeht, fundamental in seiner Funktionsweise infrage stellen.

Ein Aspekt, der mir noch wichtig ist, wurde aber wenig erwähnt: Es ist natürlich nur eine Nebenwirkung der Währungspolitik der Nationalbank, aber unsere Nationalbank ist nun einmal so strukturiert, dass die Kantone in der Folge regelmäßig einen Teil der Erträge für ihre Aufgaben mitnehmen können. Das ist für das Funktionieren unseres föderalistischen Staates durchaus nicht unerheblich. Alle, die einmal im Kanton Finanzpolitik betrieben haben, wissen, zu wie intensiven Diskussionen das führen kann, wenn mal ein bisschen mehr oder ein bisschen weniger reinkommt, oder was der Einfluss eines ineffizienten oder eines schlechten Jahres bei der Nationalbank auf ganz konkrete Aufgaben sein kann, die ein Kanton wahrnehmen muss. Wir gefährden mit einem zwanghaften, schlechten Renditeverhalten der Nationalbank auch Sachpolitiken unserer Kantone, und das ist eigentlich unverantwortlich.

Wenn schon, müsste man eigentlich in die andere Richtung gehen. Es wurde hier in den Neunzigerjahren diskutiert, ob man das Vermögen der Nationalbank nicht etwas effizienter anlegen solle. Es ging damals im Übrigen nicht nur um Gold, sondern auch um Währungen. Wir hatten damals hohe Dollar-Anlagen, die nicht ausserordentlich produktiv waren, und unterstützten somit mit unseren finanziellen Mitteln die Schuldenlast der Vereinigten Staaten. Diese Überlegungen müssten mindestens mit einbezogen werden. Ich finde, wir sollten das Vermögen der Nationalbank nicht schlechter, sondern besser anlegen. Das hat auch konkrete positive Auswirkungen für das Funktionieren der öffentlichen Politiken in unserem Land.

Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Reimann Lukas (V, SG): Die Gold-Initiative gibt uns die einmalige Chance, den Betrug von Fiat Money, also von ungedecktem Papiergele, endlich zu brechen und zu beenden. Der grosse Betrug unserer Zeit geschieht mit dem Geld. Zentralbanken, Geschäftsbanken und Regierungen spielen mit dem Eigentum der Bürger. Während sich diese drei Parteien des neugedruckten Geldes als Erstverwender ohne Abwehrwertung bedienen können, bekommt die Mehrheit der Bürger, die Geprellten, mit dem neugedruckten Geld eine Abwertung zu spüren und muss diese schlucken. Wenn die Kaufkraft des Geldes jährlich um nur 2 Prozent nachlässt, weil immer mehr nichtgedecktes Geld in Umlauf kommt, halbiert sich in zwanzig Jahren der Wert dieses Geldes.

Das Aufblähen der Geldmenge ist bequem. Es handelt sich um eine unsichtbare Steuer, die sich fast beliebig erhöhen lässt. Eine einfache Überlegung hilft, diesen Trick zu durchschauen. Wenn die ganze Menschheit von einem Tag auf den anderen plötzlich doppelt so viel Geld hätte, wäre sie dann reicher, gäbe es mehr Wohlstand, gäbe es mehr Arbeitsplätze? Nein, denn auch der Preis der Güter würde sich verdoppeln. Wenn hingegen der Staat von einem Tag auf den anderen plötzlich doppelt so viel Geld hätte, dann hätten die Bürger weniger Geld, weil der Wert des Geldes weniger hoch wäre. Was hier geschieht, ist nichts anderes als eine kaschierte Enteignung.

Das Papiergele war bis zum Ersten Weltkrieg durch nicht beliebig vermehrbare Edelmetalle gedeckt. Danach wurde diese Deckung verwässert, sonst hätten sich die Kriege des 20. Jahrhunderts gar nicht finanzieren lassen. Unter dem Goldstandard herrschte in den USA 136 Jahre Preisstabilität, seit 1913 jedoch ist die Kaufkraft um unglaubliche 95 Prozent gesunken. In der Schweiz wurde die in der alten Bundesverfassung vorgeschriebene 40-prozentige Golddeckung des Frankens mit der Totalrevision aufgehoben, still und heimlich. Dabei machte genau diese Golddeckung den Franken stabil, sicher und unabhängig.

Angebot und Nachfrage bestimmen nicht nur Güterpreise, sondern auch den Preis des Geldes, also die Kaufkraft. Je mehr davon angeboten wird, im Verhältnis zur vorhandenen Gütermenge, desto wertloser wird es. In den letzten dreissig Jahren hat sich das Volumen der Güterproduktion in den Industrienationen verfünfacht, das Geldvolumen hingegen

verfünfacht. Roland Baader schreibt in einem Buch, das ich allen hier empfehle – es heißt «Geldsozialismus» –: «Das am Markt entstandene Geld, also letztlich die Gold- und Silberwährungen, war gesundes Geld. Das uns vom staatlichen Monopol verordnete, durch nichts gedeckte Papiergele, das Fiat Money, ist krankes Geld, es ist Falschgeld.» US-Präsident Hoover hat einst gesagt: «Papiergele ermöglicht es den Politikern, die Ersparnisse der Bevölkerung durch Manipulation der Inflation und der Deflation zu konfiszieren. Wir haben Gold, weil wir den Regierungen nicht trauen können.»

In unserer direkten Demokratie in der Schweiz führt dies zu paradoxen Konstellationen. Wir lassen das Volk entscheiden über kleine Vorlagen, 50 Millionen Franken, 100 Millionen Franken, es gibt einen Riesenaufschrei, das sei zu teuer. Gleichzeitig weitet die Nationalbank die Geldmenge um Hunderte Milliarden Franken aus, es gibt keine Debatte, und es gibt keine Volksabstimmung.

Die wenigen, die diese Mechanismen seit Langem kritisieren und auch die aktuelle Krise präzise voraussagten, waren unabhängige, von der österreichischen Schule geprägte Ökonomen. Doch sie werden kaum gehört. Denn ein echter, unparteiischer Liberalismus lässt eben genau nicht die Mächtigsten und Finanzkräftigsten profitieren, die staatliche Regulierungen in ihrem eigenen Interesse wollen, sondern den einfachen Mann und die einfache Frau. Echter Liberalismus ist keine Bewegung für das Grosskapital, sondern für den Mittelstand, für Selbstständigerwerbende, für die Leistungsbereiten und für die Ehrlichen.

Die Gold-Initiative verhindert, dass einfach neues Geld gedruckt werden kann, und sie stellt sicher, dass in der Bilanz neben Papiergele auch noch echte Realwerte vorhanden sind. Deficit Spending ist eine Methode der Enteignung. Gold steht diesem hinterhältigen Vorgang im Weg. Es steht als Beschützer der Eigentumsrechte. Wenn man das begriffen hat, hat man keine Schwierigkeiten mehr, die Feindseligkeit der Planwirtschaften gegenüber dem Goldstandard zu verstehen und der Gold-Initiative zuzustimmen.

Kiener Nellen Margret (S, BE): Soeben, Herr Reimann, haben Sie eigentlich gesagt, dass in Zukunft nach Ihrem Sinn der Souverän die Geld- und Währungspolitik festlegen solle, dann komme es wahrscheinlich besser heraus, als wenn es die heutige unabhängige Zentralbank, die Schweizerische Nationalbank, mache.

Einen Vorwurf von Ihnen möchte ich gerade faktisch entkräften: Sie haben des Weiteren ausgeführt, dass mit der neuen Bundesverfassung quasi heimlich die Goldbindung aufgehoben worden sei. Dem ist nicht so. Genau dieser Frage bin ich nachgegangen, und ich bin jetzt gerade froh, dass ich nach Ihnen sprechen darf. In der relativ kurzen Abstimmungsbotschaft des Bundesrates zur neuen Bundesverfassung wurde immerhin darauf hingewiesen: «Währungsordnung: Die seit Jahrzehnten praktisch bedeutungslose Einlösungsplicht für Banknoten und die ebenfalls überholte Goldbindung des Frankens werden aufgehoben. Die Nationalbank muss weiterhin ausreichende Währungsreserven bilden, einen Teil davon in Gold, Artikel 99.» Sämtliche Bürgerinnen und Bürger, die abgestimmt haben, wurden explizit durch die bundesrätlichen Erläuterungen auf diese Neuerungen im Verfassungsrecht hingewiesen. Sie haben also en connaissance de cause abgestimmt.

Was auch noch dazu ausgeführt werden kann, ist Folgendes: In der Botschaft des Bundesrates zur Initiative, die wir heute beraten, ist der Hinweis auf die Parlamentsdebatten nicht ausgeführt. Das hat mich in der Vorbereitung auf die heutige Debatte aber interessiert. Der Verfassungsentwurf kam nämlich, soweit ich das nachvollzogen habe, ohne diesen Passus der Haltung eines Teils der Reserven als Goldreserven in die eidgenössischen Räte. Dann wurde im Parlament, insbesondere aus psychologischen Gründen, der Zusatz eingefügt, weil die Haltung einer Goldreserve durch die Schweizerische Nationalbank auch ohne Golddeckungspflicht Realität sei; da gab es insbesondere ein Votum der damaligen Ständerätin Vreni Spoerry, nachzulesen im Amtli-

chen Bulletin in der Debatte zur Verfassungsreform. Im Nationalrat war insbesondere genau diese Frage heftig umstritten, um die sich jetzt auch diese Initiative dreht, ob und wie der Teil der Reserven, der in Gold gehalten werden muss – auch nach der heutigen Verfassung –, quantifiziert werden soll; das war eine heftige Debatte im Nationalrat. Schliesslich setzte sich die Einsicht durch, dass die Frage der Haltung einer angemessenen Reserve in Gold von der jeweiligen Situation abhängt und daher von der Schweizerischen Nationalbank konkretisiert werden müsste.

Zur Beurteilung der heutigen Situation: Gerade die letzten 15 Jahre seit der Abstimmung zur neuen Bundesverfassung haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass die Schweizerische Nationalbank in aller Unabhängigkeit rasch und situativ auf sich verändernde geld- und währungspolitische Verhältnisse reagieren und einwirken kann, dass sie vor allem aktiv intervenieren kann. Vieles wurde gesagt, auch schon bei der Spekulationsblase 2001 und dann vor allem bei der Finanzkrise 2008 und beim Frankenpaket 2011 mit der Untergrenze, die aus Sicht der SP auch höher gehalten werden müsste, als sie heute ist, im Interesse unserer Exportwirtschaft, der Industrie und des Erhalts von Arbeitsplätzen. Diese Initiative mit dem Titel «Rettet unser Schweizer Gold» will in Tat und Wahrheit die Unabhängigkeit und den Handlungsspielraum der Nationalbank einschränken. Das verhehlt sie auch nicht. Damit würde sie aber das Gesamtinteresse des Landes schwerwiegend und langfristig massiv gefährden.

Ich bitte Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und den Anträgen der vorberatenden Kommission sowie den Beschlüssen des Ständerates zuzustimmen.

Reimann Maximilian (V, AG): Ich unterstütze die uns vorliegende Gold-Initiative nicht; darin unterscheide ich mich ausnahmsweise einmal vom forschenden Kurs meines Neffen Lukas. Aber die Problematik, um die es hier geht, nämlich die Haltung und Bewirtschaftung unserer Währungsreserven, kann niemanden ungerührt lassen, der an die Zukunft des Schweizerfrankens als selbstständige und starke Landeswährung glaubt. Das tue ich, und damit befindet sich zweifellos im Einklang mit der überwiegenden Mehrheit des Schweizervolkes wie auch mit Ihnen hier in diesem Saal. Der Schweizerfranken kann nun aber auch zu stark sein – hochgepustet insbesondere durch die internationale Spekulation und durch die Suche ausländischer Grossinvestoren nach Sicherheit, aber auch nach kurzfristigem Profit. Dem hat sich unsere Nationalbank widersetzt – ich meine, mit recht grossem Erfolg. Sie hat dem Euro-Wechselkurs eine Untergrenze verpasst, und diese hat bis heute gehalten, zum Wohl unserer Wirtschaft. Deshalb sollte man dieses Instrumentarium, über das die Nationalbank heute verfügt, nicht ohne Not verändern.

Zur Sorge Anlass geben mir aber die hohen Devisenbestände in ausländischer Währung, über die unsere Nationalbank inzwischen verfügt, insbesondere was den Euro anbetrifft. Da besteht doch ein echtes Klumpenrisiko, das uns Sorge macht. Da frage ich mich, wie wir da wieder herauskommen, sollte der Fall eintreten, der bereits von vielen Volkswirtschaften für wahrscheinlich gehalten wird, nämlich der Zusammenbruch der Euro-Währungszone. Ich verweise bewusst das Subjekt «wir», denn es geht hier um unsere Währungsreserven und damit um Vermögenswerte des Schweizervolkes per se.

Die Eurozone wird unstabiler, je länger, je mehr. Was ursprünglich gut gemeint war, hat sich inzwischen als Fehlkonstruktion erwiesen. Man versuchte Volkswirtschaften, die nicht zusammenpassen, unter ein gemeinsames Währungsdach zu zwingen. Die Maastricht-Kriterien, die allem eine gemeinsame Klammer geben sollten, wurden straflich missachtet und faktisch ausser Kraft gesetzt.

Das Euro-Gebäude wankt, sein Fundament ist morsch, die Rettungsschirme sind undicht. Statt gesunde Volkswirtschaften resultierten riesige Arbeitslosenzahlen vor allem bei der jungen Generation. So wird es nicht weitergehen können. Der Euro und die Eurozone sind angeschlagen. Es wird zu

Veränderungen kommen, was der Währungsspekulation erneut Auftrieb geben wird: raus aus dem Euro, rein in den Schweizerfranken.

Da steht nun unsere Nationalbank als Fels in der Brandung. Wird dieser Fels den Wogen standhalten? Diese Frage ist an Sie gerichtet, Frau Bundesrätin und Vorsteherin des Finanzdepartementes. Sicher ist nur: Uneingeschränkt wird die Nationalbank nicht Euro aufkaufen können. Was aber dann, Frau Bundesrätin? Zurück zu möglichst hoher Golddeckung oder was? Vielleicht führt die heutige Debatte, der ein Anliegen zugrunde liegt, das sicher ebenfalls gut gemeint ist – wie der Euro seinerzeit –, zu einer klaren Antwort auf diese Frage und diese Besorgnis. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie konkret auf diese Frage eingehen würden.

Merlini Giovanni (RL, TI): Obbligare la Banca nazionale svizzera a detenere nel nostro Paese almeno il venti per cento dei suoi attivi in oro e impedirle inoltre di alienare queste riserve auree è inopportuno oltre che anacronistico. Da tempo ormai l'oro non ha più alcuna incidenza diretta sulla stabilità monetaria. Il mandato della Banca nazionale svizzera di assicurare la stabilità dei prezzi tenendo conto dell'evoluzione congiunturale non verrebbe agevolato in alcun modo dai vincoli imposti da questa iniziativa popolare proprio perché non sussiste alcun nesso tra la proporzione di oro nel bilancio della banca centrale e la stabilità dei prezzi. Anzi! La Banca nazionale svizzera, regolando autonomamente, nella sua qualità di autorità indipendente di immissione di moneta nel circuito economico stabilizza l'andamento dei prezzi e promuove la fiducia degli investitori nella stabilità del franco svizzero.

Se infatti la situazione è confrontata a livello internazionale le attuali riserve auree di cui il settanta per cento è depositato nel nostro Paese rappresentano comunque già uno stock consistente che contribuisce assai alla diversificazione delle riserve monetarie della Banca nazionale. Non va inoltre sottovalutata la circostanza che gli investimenti nell'oro sono – come è già stato ripetuto – tra i più volatili e quindi costituiscono la voce più rischiosa del bilancio della Banca nazionale. Oltretutto non generando un reddito ricorrente sotto forma di interessi o di dividendi, questi investimenti avrebbero come conseguenza una flessione generale del rendimento delle attività della Banca nazionale che si ripercuoterebbe anche sulla quota di partecipazione dei cantoni alle plusvalenze prodotte dalla Banca stessa. Così come va evitato ogni provvedimento che restringe l'indipendenza dell'istituto limitando il suo margine di manovra per adempiere al mandato costituzionale anche questa iniziativa va osteggiata in quanto nociva. Vi chiedo di raccomandare di respingere l'iniziativa, seguendo la maggioranza commissoriale e la decisione del Consiglio degli Stati.

Jans Beat (S, BS): Der Ständerat hat die Gold-Initiative ohne Gegenstimme abgelehnt. Am besten machen wir das auch. Denn diese Initiative ist nichts anderes als ein weiterer Versuch der SVP, die Schweizerische Nationalbank zu schwächen. Der erste Versuch war die Inseratenkampagne, in der die SVP vor Jahren behauptete, die Nationalbank würde Volksvermögen in Milliardenhöhe vernichten. Was sich später als falsch erwiesen hat, konnte damals nichts anderes sein als der Versuch, die Nationalbank in ihrer Glaubwürdigkeit zu schwächen. Ein weiterer Angriff war der verbissene Kampf gegen den Nationalbankpräsidenten. Diesen Kampf gewann die SVP; Philipp Hildebrand musste gehen. Alle in diesem Zusammenhang gegen die Exponenten des Bankrates erhobenen Vorwürfe haben sich aber im Nachhinein nicht bestätigt. Es waren weitere bösartige Gerüchte und Versuche, die Nationalbank zu schwächen. Die Gold-Initiative, die uns heute vorliegt, ist ein weiterer Versuch. Wenn sie angenommen wird, wird die Nationalbank in ihrer Aufgabe behindert, sie wird geschwächt.

Die Gold-Initiative der SVP ist eine Bedrohung für die Finanzstabilität der Schweiz. Das Verheerende ist, dass sie in Stammtischmanier das Gegenteil suggeriert. Diese Initiative gaukelt uns vor, dass mehr Gold mehr Stabilität bringe. Das

stimmte aber noch nie, das Gegenteil ist richtig, die Wertschwankungen beim Gold sind gross. Allein im letzten Jahr ist der Goldwert um 30 Prozent abgesackt. Um 20 Prozent Goldanteil zu erreichen, hätte die Schweizerische Nationalbank Ende letzten Jahres Währungsreserven für sage und schreibe 63 Milliarden Schweizerfranken auflösen müssen, um stattdessen Gold zu kaufen, das gar keinen Wert hat, weil sie es ja nie verkaufen kann. Was nützt Ihnen Gold, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SVP, wenn Sie es nie verkaufen können? Wollen Sie es essen? Und jedes Mal, wenn dann der Goldkurs weiter sinkt, muss die Nationalbank noch mehr unverkäufliches Gold zukaufen. Der Goldberg wächst und wächst und bleibt dennoch wertlos. Die Nationalbank kann mit einem solchen teuren Klumpen am Bein die Preisstabilität nicht mehr sicherstellen und ihren Gesetzesauftrag nicht mehr sinnvoll erfüllen. Die Nationalbank wäre geschwächt. Was soll das, liebe Kollegen von der SVP?

Gold mag das segenbringende Metall der Mythen und Märchen sein – aber auf dem Finanzmarkt taugt es nicht mehr als jede andere Anlage auch. So ist es das Beste, wenn wir die Goldtheorie der SVP und diese Initiative dorthin verbannten, wo sie herkommen: ins Reich der Mythen und Märchen.

Und noch etwas zu Ihnen, Herr Stamm: Sie haben gesagt, dass jeder sich täuschen könne, wobei Sie die Nationalbank und den Bankrat gemeint haben. Das gilt aber auch für die SVP. Geschätzte Initianten, machen Sie diesem Trauerspiel ein Ende, und ziehen Sie diese Initiative zurück!

Keller Peter (V, NW): Herr Jans, Sie haben gesagt, dass der damalige Nationalbankpräsident Philipp Hildebrand gewissensmassen wegen der «Boshaftigkeit» vonseiten der SVP zurückgetreten sei. Denken Sie nicht, dass sein Abgang mit seinen privaten Devisengeschäften zu tun hatte?

Jans Beat (S, BS): Ich habe gesagt, dass die SVP in diesem Zusammenhang Vorwürfe gegen alle Mitglieder des Bankrates erhoben hat, die sich bis heute nicht bestätigt haben. In diesem Sinne waren es bösartige Gerüchte, die aus meiner Sicht nur ein Ziel haben konnten, nämlich die Nationalbank zu schwächen.

Quadri Lorenzo (V, TI): L'oro della Banca nazionale non è probabilmente il tema che più fa scaldare gli animi nel dibattito politico. Ciò non toglie che sia un argomento importante che interessa anche l'indipendenza del nostro Paese – a mio giudizio il valore più importante di tutti, ancora più dell'oro. A spingermi ad intervenire sull'iniziativa sull'oro – che la Lega dei ticinesi che rappresento ha sostenuto – è anche il dibattito unilaterale a cui si è assistito al Consiglio degli Stati. Alla Camera alta nessuno è intervenuto a favore di quest'iniziativa. Ciò reputo un fatto curioso, visto che essa è riuscita e ha raccolto oltre 106 000 sottoscrizioni. Forse che tutti quelli che hanno firmato l'iniziativa hanno sbagliato in pieno, forse che sostenere l'importanza di riserve auree cospicue e soprattutto custodite in Svizzera è qualcosa di completamente avulso dalla realtà – non credo nemmeno questo.

Meno una Banca nazionale dipende dall'euro o dal dollaro più questa Banca nazionale è indipendente. Più oro significa anche maggiore indipendenza della Banca nazionale e maggiore indipendenza della Banca nazionale va di pari passo con maggiore indipendenza della nazione. Quindi appoggiando l'iniziativa sull'oro si sostiene anche l'indipendenza e l'autonomia della Svizzera. Questi sono valori che dobbiamo continuamente difendere e riaffermare perché sono costantemente minacciati. Sono minacciati sia dall'esterno – in particolare dall'Unione europea che vorrebbe inglobare anche la Svizzera – sia dall'interno ossia da quelle forze politiche che a questa Unione europea vorrebbero farci aderire con la consueta tattica del salame, una fetta alla volta. L'iniziativa inoltre chiede che l'oro della Banca nazionale svizzera sia immagazzinato integralmente in Svizzera. Oggi lo è, lo sappiamo, circa per due terzi, per il settanta per cento. Il restante

terzo si trova all'estero, si trova in Paesi cosiddetti sicuri. Ci mancherebbe che fosse collocato in nazioni che si trovano in situazioni di guerra.

Dove si trova in realtà non lo sa nemmeno il Consiglio federale. Qualche anno fa, proprio in quest'aula, l'allora ministro delle finanze ebbe da dire, rispondendo ad una domanda: «Dove sia immagazzinato l'oro non lo so e non lo voglio sapere. Non vorrei infatti che l'informazione mi saltasse fuori dopo una birra di troppo.» I Paesi sicuri, ignoti a noi come sono ignoti al Consiglio federale, in cui è stato depositato l'oro dei cittadini svizzeri, sono poi davvero così sicuri? Con gli Stati Uniti siamo da tempo in conflitto economico a seguito delle note questioni legati al segreto bancario o piuttosto ai suoi rimasugli – pensiamo ad esempio all'attuale vicenda di Credit Suisse. Non si sa quali misure di ritorsione gli Stati Uniti potrebbero adottare nei confronti del nostro Paese. Chiediamoci piuttosto se vogliamo lasciare l'oro in queste mani – c'è da dubitarne! Visto poi il modo in cui l'Unione europea tratta il nostro Paese, in particolare da tre mesi a questa parte, dopo il voto del 9 febbraio, anche nei confronti dei suoi Stati membri potremmo chiederci se è così chiaro avere fiducia. Oltretutto a proposito di Unione europea: la stessa Germania ha deciso di recuperare l'oro della Banca centrale sparpagliato qua e là. Qualche motivo per questo passo ci sarà! Quindi chiediamoci perché non dovremmo fare altrettanto.

L'ostinazione con cui l'iniziativa sull'oro viene delegittimata accresce la convinzione che le proposte non siano così sbagliate.

Vi invito a raccomandare di sostenere quest'iniziativa.

Stolz Daniel (RL, BS): Diese Initiative ist brandgefährlich, radikal und rennt einem Mythos nach. Tatsächlich beschäftigen wir uns jetzt mit etwas Mythischem, mit Gold. Dass ausgerechnet die SVP, die sich heute als konservativ-christlich gibt und sich auch so verkauft, beim Tanz um das Goldene Kalb nicht nur mitmacht, sondern dazu auch noch auffordert, ist ironisch. Schon diese Redewendung zeigt, welche Bedeutung Gold kulturell-religiös gesehen hat – nämlich eine riesige, dies nicht nur bei uns, sondern in fast allen Kulturen. Nehmen wir zum Beispiel die Inkas. Dass Pizarro als Lösegeld für den Inkakönig einen Raum voller Gold forderte und auch bekam, hatte nicht einfach nur eine materielle Bedeutung, es war, wenn auch wohl unbeabsichtigt, eine religiöse Kriegserklärung. Dieser religiöse Aspekt hat wohl bei den Inkas überwogen, denn eigentlich ist Gold zwar nett, aber nicht wirklich überlebenswichtig. Dies war früher so, und es ist auch heute so.

Es gibt viel wertvollere Materialien als Gold. Die Aussage, dass der Goldpreis in Krisenzeiten oft steigt, stimmt zwar, das ist aber vor allem und fast ausschliesslich psychologisch bedingt. Seltene Erden sind extrem viel kostbarer und wichtiger. Ohne seltene Erden können wir heute ganz viele Dinge nicht mehr herstellen. Wenn wir schon einen Notvorrat brauchen würden, dann müssten wir seltene Erden einkaufen und ganz sicher nicht Gold.

Es geht aber um die Anlagestrategie der Schweizerischen Nationalbank, heisst es. Was wirft man in diesem Zusammenhang den jetzigen Devisenreserven nicht alles vor: Die Devisenreserven könnten zum Beispiel von anderen Staaten blockiert werden – sicher, Gold aber auch. Wir können niemanden zwingen, Gold zu kaufen. Sollte einmal der Mythos Gold in einer wirklich extremen Krise geknackt werden, weil zum Beispiel die seltenen Erden ausgehen, dann sitzen wir auf einem Berg an nicht überlebenswichtigem Material. Ein weiterer Vorwurf lautet, Devisen könnten an Wert verlieren – selbstverständlich, Gold aber auch. Wir haben heute auf dieser Welt eine massive Überproduktion an Gold. Deshalb gibt es auch Bereinigungen in der Goldbranche selber.

Gold, meinen die Initianten, stabilisiere den Schweizerfranken. Diese Aussage stimmt so ganz sicher nicht. Die Aussage trüfe nur dann zu, wenn wir zum Goldstandard zurückkehren würden, dass wir also jederzeit diese Zehnernote hier (*zeigt eine Banknote*) in Gold umwandeln könnten, und das auch noch zu einem festen Preis. Abgesehen davon,

dass das die Initiative gerade nicht fordert, wären die Folgen für den Franken absurd. Nach der Logik der Initianten müsste das eigentlich zu einer massiven Überbewertung des Schweizerfrankens führen, mit verheerenden Konsequenzen für unsere Exportwirtschaft. Ich denke aber, dass der Franken sich dann viel eher an den jeweiligen Goldpreis anpassen müsste. Das wäre ein verheerendes Auf und Ab für unsere Wirtschaft.

Zudem ist die Initiative auch nicht praktikabel. Wir wissen alle, dass die Schweizerische Nationalbank im zweiten und dritten Quartal 2012 massiv Devisen kaufen musste, um den Franken zu stabilisieren. Nach dieser Initiative hätte sie für 32 Milliarden Franken Gold kaufen und in die Schweiz transportieren müssen. Damit hätte die Schweiz eine Preisspirale in Bewegung gesetzt. Der Rest der Welt hätte amüsiert zuschaut und uns dann die Rechnung gestellt, denn die Nationalbank hätte ja kaufen müssen – um jeden Preis!

Zudem ist die Initiative auch wirklich grenzenlos radikal. Denn wenn sich die Devisenreserven wieder reduzieren, dann müsste die Nationalbank das Gold behalten. Super! Wenn schon Notvorrat, ich hab's am Anfang gesagt, dann bitte mit etwas, das wir auch dringend brauchen!

Diese Initiative ist aber auch aus einem anderen Grund brandgefährlich. Sie verletzt die Autonomie der Schweizerischen Nationalbank massiv und öffnet die Büchse der Pandora für noch ganz andere Forderungen, Herr Stamm. Denn wenn wir hier nachgeben, werden auch andere Forderungen kommen. Wenn die Politik in die Anlagestrategie reinredet, dann kann man – auch die Politik – der Nationalbank noch ganz andere Aufträge geben. Die Nationalbank hat einen enorm wichtigen Auftrag: Preisstabilität, basta, nicht mehr und nicht weniger! Und genau diese Reduktion ist einer der Gründe für das Erfolgsmodell Schweiz. Damit das so bleibt, müssen wir unbedingt die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank verteidigen.

Somit gibt es auf diese Initiative nur eine klare Antwort, weil sie brandgefährlich ist, weil sie radikal ist und schlussendlich einem Mythos, dem Gold, nachrennt: ein klares Nein zum Schutz unseres Erfolgsmodells Schweiz.

Nordmann Roger (S, VD): Nous parlons ici de politique monétaire, mais vous me permettrez cependant de débuter par un petit excursus dans la politique de santé.

L'UDC craint toujours dans le domaine de la santé une consommation médicale excessive. Elle craint toujours que les gens aillent pour des maladies imaginaires chez le médecin. Pire encore, l'UDC craint que les médecins ne prescrivent des actes thérapeutiques coûteux ou des médicaments dont l'effet serait négatif parce qu'au fond il dégraderait la santé du patient qui était à l'origine en bonne santé.

Ce que l'UDC nous propose aujourd'hui, c'est d'amener notre politique monétaire, actuellement en pleine santé, chez un médecin charlatan pour lui infliger un traitement dont elle ressortira affaiblie, en particulier au plan de son autonomie d'action, ce qui est, vous me le concéderez, venant de l'UDC, un paradoxe qui ne finira pas de nous étonner.

En termes rationnels, cette initiative tente de résoudre un problème qui n'existe pas. La Banque nationale mène une excellente politique au service de la stabilité des prix et de la conjoncture. C'est ainsi qu'elle a évité un effondrement de notre économie d'exportation dans les années 2011 et suivantes. Elle a été capable, avec l'appui de la Banque centrale européenne et la Réserve fédérale américaine, de sauver l'UBS en une nuit. On ne voit pas très bien ce que l'on aurait à lui reprocher. Tout au plus, certains milieux disposant d'un peu trop de liquidités pourraient lui reprocher sa politique monétaire des taux d'intérêt bas, qui réduit la rente de situation de ces milieux. Mais ce serait un mauvais procès, car la Banque nationale doit agir dans l'intérêt commun. En revanche, le remède que l'UDC se propose d'appliquer revient en quelque sorte à plâtrer une jambe valide. Après quelque temps, il est certain que la personne concernée verra l'état de sa jambe se dégrader, ses muscles fondre et sa capacité de marcher réduite.

Ainsi, en devant obligatoirement garantir en tout temps un taux de 20 pour cent d'or dans son bilan, quelles que soient les variations de la longueur de celui-ci, et en se voyant interdire de revendre de l'or, la BNS sera confrontée à un mécanisme à cliquet. La part de l'or de son bilan augmentera jusqu'à constituer plus de la moitié de celui-ci. Ce retour à un étalon-or qui ne dit pas son nom, à une sorte de situation pré-Bretton Woods, nous ramène aux crises monétaires de la fin du XIXe et du début du XXe siècle. C'est un non-sens absolu. En plus, cela compliquera la gestion quotidienne et compromettra les distributions de bénéfices aux cantons. Si ces distributions ne sont pas l'objectif de la BNS, il faut cependant reconnaître qu'elles sont bienvenues lorsqu'il est possible d'y procéder.

Fidèle à sa tradition, l'UDC nous propose des dispositions transitoires intempestives – cela doit vous rappeler quelque chose! En particulier, elles imposent que le niveau d'or de 20 pour cent dans le bilan de la BNS soit impérativement atteint en cinq ans. En annonçant par votation populaire d'énormes achats d'or, on va en faire remonter le cours. C'est la plus mauvaise stratégie imaginable pour reconstituer à bon compte des stocks d'or.

Chers collègues, il faut être clair. Cette initiative relève du fantasme nationaliste, de l'obsession nombriliste et d'une conception paranoïaque du monde. L'objectif de la politique monétaire, c'est d'assurer le fonctionnement du système monétaire, l'existence de l'argent et la faisabilité des échanges économiques. L'objectif, ce n'est pas de donner à quelques extrémistes l'occasion de brasser encore une fois leur soupe nationaliste, en articulant cette fois la cérémonie sous la forme d'une danse du totem autour du tas d'or, tas d'or qu'il s'agirait de garder arbalète à la main face à des ennemis étrangers, que dis-je, face à des hordes barbares dont il manque juste l'indication de la couleur de peau.

Non chers collègues, notre pays mérite mieux que de devenir à nouveau victime d'un tel fantasme. Cette initiative ne mérite qu'une recommandation de rejet sec et sonnant au peuple et aux cantons.

Schläfli Urs (CE, SO): Eine Aufgabe der Nationalbank ist die Gewährleistung einer stabilen Geld- und Währungspolitik unter Berücksichtigung der konjunkturellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Ein solch hoher Anteil an Gold, wie ihn die Initiative verlangt, würde diese Aufgabe wohl deutlich erschweren – eine Aufgabe, welche die Nationalbank bis heute gut erfüllt hat. Als Beispiel gilt hier vorab die Stabilisierung des Frankens.

Der benötigte Handlungsspielraum für die Nationalbank würde durch die Initiative stark eingeschränkt. Es macht absolut keinen Sinn, eine vordefinierte und in Prozenten berechnete Mindestmenge an Gold einzulagern. Bei fallendem Goldkurs müsste man also massiv Gold zukaufen – aktuell wäre es Gold für rund 60 Milliarden Franken –, um die geforderten 20 Prozent Goldanteil an den Aktiven zu erreichen. Diese 60 Milliarden würden dann bei den Aktiven fehlen, welche durch die Nationalbank bewirtschaftet werden können und auch entsprechende Erträge abwerfen. Die Ertragskraft würde deutlich geschwächt. Wenn dann später allenfalls der Goldpreis wieder steigt, hat die Nationalbank unweigerlich mehr als die geforderten 20 Prozent Gold. Diese Kursgewinne wären zwar positiv zu werten, sie könnten aber aufgrund des Initiativtextes, welcher einen Verkauf grundsätzlich ausschliesst, nicht realisiert werden. Die Frage sei erlaubt, wofür wir denn überhaupt eine Goldreserve haben sollen, wenn man sie nie einsetzen darf. Es wäre ein Unding und würde die ganze Gold- und Geldpolitik infrage stellen.

Diese Initiative hat aber auch finanzielle Auswirkungen auf die Kantone. Gold wirkt bekanntlich keine Zinsen, keine Dividenden oder andere Erträge ab. Die Erträge und folglich auch die Ausschüttungen der Nationalbank an die Kantone würden sich unweigerlich verringern. Wenn man vom letzten Jahr absieht, waren diese Ausschüttungen in Milliardenhöhe meist ein fester Bestandteil der kantonalen Einnahmen. Die Gold-Initiative provoziert eine Reduktion dieser Ausschüttun-

gen. Gerade in der aktuellen, schwierigen Finanzsituation der Kantone und des Bundes ist eine solch unnötige Vorlage unverständlich: Sie schwächt unsere Nationalbank in ihrer Aufgabe gemäss Verfassung, schränkt ihren Handlungsspielraum ein und wird reduzierte Gewinnausschüttungen verursachen, und das kann ja weder im Interesse von uns allen noch im Interesse der Initianten sein.

Zudem ist ein weiterer für die Initianten wesentlicher Grund mit der Bekanntgabe der Goldlagerungsorte nicht mehr gegeben. Der wesentliche Anteil wird bei uns in der Schweiz gelagert, der Rest in Kanada und Grossbritannien. Dass Schweizer Gold auch in den USA eingelagert ist, wie die Initianten befürchteten, wurde nicht bestätigt. Abschliessend sei festgehalten, dass diese Initiative Nachteile für unser Land und die Kantone bringt, ohne einen wesentlichen Nutzen zu generieren.

Die Initiative ist deshalb klar zur Ablehnung zu empfehlen.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Wir haben jetzt gehört, was die drei wichtigen Punkte der Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» sind: Die Goldreserven sind zwingend in der Schweiz zu halten; die Übergangsfrist beträgt zwei Jahre. Dann muss die Nationalbank zwingend einen Anteil von mindestens 20 Prozent ihrer Anlagen in Gold halten; die Übergangsfrist beträgt hier fünf Jahre. Schliesslich sollen die Goldreserven der Nationalbank unverkäuflich sein, was, wie bereits gesagt wurde, in Verbindung mit dem Anteil von 20 Prozent doch erhebliche Probleme gibt.

Der Bundesrat lehnt die Initiative ab; er beantragt Ihnen auch, sie zur Ablehnung zu empfehlen. Wir haben es gehört: Diese Initiative würde es der Nationalbank erschweren, eine Währungspolitik, eine Geldpolitik zu machen, die im Interesse unseres Landes ist, die zu Preisstabilität führt und die auch eine stabile wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet.

Ende 2013 hat die Nationalbank 7,3 Prozent ihrer Aktiven in Gold gehalten; das sind rund 36 Milliarden Franken. Um einen Anteil von 20 Prozent zu erreichen, müsste die Nationalbank Währungsreserven in grossem Umfang verkaufen und Gold zukaufen, nämlich für 63 Milliarden Franken. Ich möchte hier noch erwähnen, dass die Nationalbank mit ihren über tausend Tonnen Goldreserven im Vergleich mit anderen Staaten heute enorm viele Goldreserven hat, auch wenn Goldreserven verkauft wurden. Im Übrigen haben sich diese Goldreserven nicht einfach in Luft aufgelöst, Herr Nationalrat Stamm, sondern viele Kantone haben aus dem Entgelt aus den Goldreserven etwas gemacht und in ihren kantonalen Haushalten Schulden abgebaut. Das ist im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Kantone und natürlich letztendlich auch des Bundes.

Der Mindestanteil an Gold von 20 Prozent wäre unverkäuflich; es könnten irgendwann 40 oder 50 Prozent sein, je nachdem, was mit der Bilanz geschieht. Ein solcher starrer Mindestanteil von unverkäuflichem Gold schmälernt die Glaubwürdigkeit der Politik der Nationalbank; er schmälernt ihre Möglichkeit, auch dann zu handeln, wenn es notwendig ist. Wenn es zu einer Lockerung käme, müsste die Nationalbank zusätzlich Gold kaufen. Dasselbe gilt dann, wenn der Goldpreis fallen würde: Sie müsste immer wieder neu Gold zukaufen und könnte damit nicht gleichzeitig den Auftrag erfüllen, den sie hat, nämlich Preisstabilität zu gewährleisten und vor allem auch der konjunkturellen Entwicklung Rechnung zu tragen. Das hat sie auch mit der Bindung des Frankens an den Euro gemacht. Diese Politik könnte sie nicht mehr oder nur noch eingeschränkt betreiben.

Bis 1998 hat die Nationalbank das Gold zu historischen Werten eingebucht, dann wurde es zu Marktwerten eingebucht. Herr Nationalrat Hausammann hat heute auch gefragt, was das für Konsequenzen habe. Es ist natürlich so: Mit Ihrer Initiative nützt es dann nicht viel, wenn das Gold zu Marktwerten eingebucht wird, denn in der Bilanz könnte dieser Wert nie erhöht werden. Aber wenn das Gold an Wert verlieren und der Goldpreis sinken würde, müsste dieser Wert wegen der Bilanzrichtigkeit eingebucht werden. Anders gesagt: Eine Bewegung könnte nur noch in eine Richtung

stattfinden. Ich denke aber, dass das nicht im Sinn des Erfinders ist.

Jetzt zur Frage der Lagerung im Ausland: Herr Nationalrat Quadri hat darauf hingewiesen, dass ich vor zwei Jahren einmal die Auskunft gegeben habe, dass wir nicht wüssten, wo das Gold gelagert werde. Das war damals tatsächlich so, und Sie können sich daran erinnern: Die Nationalbank hat 2013 bekanntgegeben, an welchen beiden Standorten sie noch Goldreserven lagert, nämlich in London und bei der Bank of Canada. Das wissen wir seit 2013, aber wir wussten es vorher nicht. Es ist auch ein Gebot der Risikodiversifikation, darum macht man das. Herr Nationalrat Stamm hat Deutschland erwähnt und gesagt, die Deutschen hätten auch gesehen, dass man mehr Gold zurückführen sollte. Deutschland hat 50 Prozent der Goldreserven im Ausland. Die Schweiz hat 30 Prozent der Goldreserven im Ausland. Da haben wir, denke ich, durchaus noch unsere schweizerischen Besonderheiten, die wir ja auch haben wollen, und das ist richtig.

Gold kann im Rahmen der Diversifikation zu einer ausgewogenen Verteilung der Bilanz beitragen. Für sich allein genommen ist aber Gold sehr volatil. Das haben Sie letztes Jahr gesehen: Der Goldpreis ist um 30 Prozent eingebrochen, und das hat dazu geführt, dass es keine Gewinnausschüttungen an Kantone und Bund gegeben hat. Wenn Sie den Goldpreis anschauen, sehen Sie, dass er vor einigen Jahren bei 15 000 Franken pro Kilo lag und dann in kurzer Zeit auf 50 000 Franken gestiegen und wieder auf 38 000 Franken zurückgefallen ist. Von Beständigkeit und von Sicherheit des Goldes kann bei solchen Werten keine Rede sein, ausser wenn Sie es über zwanzig oder über hundert Jahre betrachten – heute hat jemand sogar von tausend Jahren gesprochen –: Das sind natürlich etwas andere Anlagezeiträume.

Die Bilanz der Nationalbank beläuft sich heute auf 500 Milliarden Franken. Vor wenigen Jahren waren es 100 Milliarden Franken. Herr Nationalrat Stamm, Sie haben gesagt, die Nationalbank tanze nach dem Takt der EU und der USA. Wenn ich schaue, warum die Bilanz so weit ausgedehnt worden ist, dann würde ich sagen: Die Nationalbank tanzt nach dem Takt der schweizerischen Wirtschaft. Das hat sie nämlich gemacht – sie hat der Wirtschaft, vor allem der Exportwirtschaft, mit dieser Bilanzerweiterung und der Stützung des Schweizerfrankens im Verhältnis zum Euro geholfen.

Geldpolitische Massnahmen sind sicher wichtig; sie eröffnen der Nationalbank einen Handlungsspielraum. Den hat sie auch immer genutzt. Gold für sich allein hat heute aber keine Bedeutung mehr für die Geldpolitik; das wurde auch gesagt. Hinsichtlich der Preisstabilität ist es nicht eine Frage, wie viel Gold wir haben oder wie gross der Goldanteil der Nationalbank ist. Vielmehr wird Preisstabilität dadurch sichergestellt, dass die Nationalbank die Wirtschaft angemessen mit Geld versorgen und es entsprechend wieder zurückziehen kann, wenn das der Markt verlangt.

Die Goldbindung – auch darauf wurde hingewiesen – ist nicht, Herr Nationalrat Lukas Reimann, still und heimlich abgeschafft worden, sondern mit der Revision der Bundesverfassung 1999. Die direkte Demokratie hat ja zum Sinn, dass man eine Totalrevision der Bundesverfassung in jeder einzelnen Bestimmung diskutiert; das hat man hier auch gemacht. Bis zu dieser Totalrevision sind jahrzehntelang Diskussionen unter anderem auch zur Goldbindung geführt worden. Die Goldbindung ist aber schon mehr als zwanzig Jahre vorher, nämlich 1973 mit den Bretton-Woods-Verträgen, abgeschafft worden. Die Schweiz hat etwas länger gebraucht, um die Anpassungen in der Bundesverfassung zu machen. Aber die Goldparität ist eigentlich schon viele Jahre vorher aufgegeben worden.

Die Nationalbank ist heute verantwortlich dafür, wie viel Gold in ihren Anlagen ist. Sie ist im Übrigen auch verantwortlich dafür, wie viele Euro – und das betrifft jetzt die Frage von Herrn Nationalrat Maximilian Reimann – in den Anlagen drin sind. Das ist eine Frage, welche die Nationalbank im Rahmen ihrer Anlagepolitik zu beurteilen hat.

Eine Annahme der Initiative würde die Handlungsfähigkeit der Nationalbank einschränken. Das Ziel eines stabileren Schweizerfrankens könnte nicht erreicht werden. Die Kriterien der Sicherheit, der Diversifikation und des Ertrags würden stark beeinträchtigt. Nicht zuletzt – und darauf wurde auch hingewiesen – könnten Gewinnausschüttungen an Kantone und Bund nicht mehr im Rahmen, wie sie einmal stattgefunden haben, stattfinden, weil ein grosser Teil der Aktiven durch Gold, das ja keinen Ertrag mehr abwerfen würde, gebunden wäre.

Ich möchte Sie bitten, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)»
Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «Sauvez l'or de la Suisse (Initiative sur l'or)»

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der SVP-Fraktion

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition du groupe UDC

... d'accepter l'initiative.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 13.093/10 167)

Für den Antrag der Kommission ... 129 Stimmen

Für den Antrag der SVP-Fraktion ... 20 Stimmen

(25 Enthaltungen)

Präsident (Lustenberger Ruedi, Präsident): Weil Eintreten obligatorisch ist, gibt es keine Gesamtabstimmung. Das Geschäft ist somit bereit für die Schlussabstimmung. Diese findet am letzten Tag der Sommersession statt.

13.057

Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung). Volksinitiative

Halte aux priviléges fiscaux des millionnaires (Abolition des forfaits fiscaux). Initiative populaire

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 26.06.13 (BBI 2013 5427)

Message du Conseil fédéral 26.06.13 (FF 2013 4847)

Ständerat/Conseil des Etats 05.12.13 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 05.05.14 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 06.05.14 (Fortsetzung – Suite)

Germanier Jean-René (RL, VS), pour la commission: Par 17 voix contre 7, la commission s'est prononcée contre cette initiative populaire visant à abolir les forfaits fiscaux. La majorité de la commission vous invite ainsi à recommander au peuple et aux cantons de rejeter cette initiative. Par sa décision, la commission se rallie ainsi à la position du Conseil des Etats, qui s'est prononcé dans une proportion de 3 contre 1 en faveur du rejet de cette initiative.

La loi fédérale sur l'imposition d'après la dépense a été révisée récemment. Cette révision s'est caractérisée par un durcissement des conditions d'octroi du statut. La valeur locative est passée à un facteur sept et un plancher a été fixé à 400 000 francs. Le seuil a été relevé, correspondant à une augmentation de l'imposition de 40 pour cent pour les personnes au bénéfice d'un forfait fiscal – des personnes qui ne sont pas toutes des millionnaires. La loi révisée encadre davantage la concurrence entre les cantons et garantit une meilleure uniformité des pratiques cantonales et une meilleure transparence. Ce modèle d'imposition revêt une grande importance pour certaines régions périphériques. Même si la majorité des cantons n'est pas concernée, le fédéralisme se caractérise aussi par le respect de toutes les régions. Les personnes non actives au bénéfice d'un forfait fiscal génèrent par leur consommation des recettes de TVA de 300 millions de francs.

Quelques membres de la majorité de la commission sont d'avis qu'une telle initiative aura pour résultat de faire partir les étrangers concernés. Or, grâce à la présence de ces personnes dans notre pays, on estime que quelque 30 000 postes de travail sont générés dans la constructions, les investissements et autres activités économiques, ce qui représente une valeur de 2 milliards de francs. Ce sont des personnes qui n'ont pas de revenu dans notre pays et qui sont, pour la plupart, déjà taxées dans leur pays d'origine.

Il est important de rappeler que beaucoup d'autres Etats pratiquent un système d'imposition comparable. Notre pays n'est pas le seul à offrir ce modèle d'imposition. Rien qu'en Europe, la Grande-Bretagne, l'Autriche, le Portugal et Malte offrent des systèmes comparables. Par ailleurs, le forfait fiscal n'est pas un privilège, mais une méthode d'imposition pour les personnes étrangères domiciliées en Suisse qui n'ont pas d'activité lucrative.

Ce système pragmatique nous permet d'être concurrentiels sur le plan international et il faudrait éviter de se saborder en supprimant cet instrument. Une abolition de ce modèle n'amènerait donc rien de positif à la Suisse mais seulement des pertes fiscales, car on estime que 80 pour cent des personnes concernées pourraient quitter le pays.

Ce débat a déjà été mené l'année passée au Conseil national. Notre assemblée a décidé de ne pas donner suite à l'initiative parlementaire Leutenegger Oberholzer 11.452, «Abolir les priviléges fiscaux accordés aux riches étrangers», par 117 voix contre 57. Depuis, comme je l'ai dit, nous avons